

ersch. täglich außer Montags. Preis pr. Nummer 2 Pf. monatlich 5,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einzeln. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1893 unter Nr. 6709.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeitdauer oder deren Raum 40 Pf. für Veretnde- und Verlautbarungs-Anzeigen 20 Pf. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Carl J. B. 1186.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 18. Mai 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Mitbürger! Arbeiter! Handwerker!

Wir fordern Euch nochmals auf, die Wählerlisten genau einzusehen. Leicht können Fehler in ihnen enthalten sein. Wer am 15. Juni seine Stimme nicht abgibt, der schadet der Allgemeinheit und sich selbst. Da aber nur diejenigen ihr Wahlrecht ausüben können, welche in die Wählerliste eingetragen sind, so muß jeder sich überzeugen, ob auch sein Name in der Liste steht, ob Vor- und Name, sowie der Geburtstag und Geburtsort genau stimmen. Wem es unmöglich ist, selber hinzugehen, der beauftrage einen der Genossen, die sich zur Durchsicht der Listen bereit erklärt haben, für ihn die Liste nachzuschlagen. Die Listen liegen vom 18. Mai ab an den Wochentagen von Vormittag 9 Uhr bis Nachmittag 3 Uhr und an den beiden Pfingstfeiertagen von 12 bis 5 Uhr Nachmittags aus, und zwar in den vom hiesigen Magistrat bereits bekannt gemachten Lokalen.

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß ein jeder, der die Listen für unrichtig oder unvollständig hält, dies innerhalb acht Tagen nach dem Beginn der Auslegung derselben, also spätestens am 25. Mai d. J., beim Wahlbureau des Magistrats in einem der in der Magistrats-Bekanntmachung bezeichneten Lokale schriftlich anzeigen oder dort bei den Kommissaren zu Protokoll geben kann; die Beweismittel für seine Behauptungen aber, soweit diese nicht auf persönlicher Bekanntheit beruhen, beibringen muß. Zur Begründung der beantragten Nachtragung in die Wählerliste sind besonders empfehlenswerth der Miethskontrakt, die letzte Miethsteuer-Quittung oder die polizeilich bescheinigte Anmeldung für die angegebene Wohnung. Es ist nicht nöthig, persönlich die Liste einzusehen. Es kann einer für mehrere die Prüfung vornehmen. Wer aber irgendwie kann, gehe selber hin.

Die abscheulichen Franzosen!

Es sind wirklich verfluchte Kerle, diese Schelmfranzosen — die ingrimmigsten Reichsfeinde, die kein anderes Licht und Trachten haben, als dem Deutschen Reich und der Deutschen Reichsregierung, die natürlich gleichbedeutend ist mit dem Deutschen Reich, bei jeder Gelegenheit einen Schabernack zu spielen und schließlich in unausstehbarer Revanchewuth einen bismarck'schen „Stoß ins Herz“ zu versetzen.

Feuilleton.

Abdruck verboten.)

Vom Stamm gerissen.

Von Elise Schweichel.

Ihre Furcht, daß der Vater ungebildig geworden sein könnte, war ganz unnütz gewesen. Herr Stern hatte ein altes Zeitungsblatt auf dem Tische entdeckt und sich darin so vertieft, daß er nicht einmal die Wiederkehr seiner Tochter bemerkte. Dessen war seine Passion geblieben, wie sehr der Mann und seine Lage sich auch verändert hatten. Sobald er nur etwas Gedrucktes fand, war er der Gegenwart entrückt. Infolge dieser alles verschlingenden Lesewuth hatte er eine Menge Kenntnisse aufgespeichert, welche, da ihm die Basis einer soliden Bildung fehlte, unvermittelt und wie Krant und Rüben durcheinander lagen, ihn aber mit einer dunkelhaften Ueberlegenheit über andere Menschen erfüllten, die er stets belehren zu müssen glaubte. Sein drittes Wort war daher: „Das werde ich Ihnen alles erklären.“

In jenem Blatte nun hatte er einen Artikel, die soziale Frage betreffend, gefunden, und das war ihm besonders interessant. Erst durch die Bekanntheit mit Dettinger hatte er angefangen, sich um soziale Verhältnisse zu kümmern. Aber so leicht beschwingt seine Phantasie so schwerfällig war sein Geist im Aufnehmen neuer Ideen. Er selbst nannte sich einen Demokraten vom reinsten Wasser und glaubte, daß über seinen

Vor Jahren hatten sie noch ein menschliches Können, diese Franzosen. Da schiedten sie doch wenigstens ihren Boulanger unserem Bismarck zu Hilfe und gewannen diesem die Wahlschlacht — vermuthlich aus Bosheit gegen das verhasste deutsche Volk, das sie allerdings nicht grausamer strafen konnten, als durch drei weitere Jahre bismarck'schen Regiments.

Jetzt aber sind sie ganz toll geworden. Statt des Herzens haben sie einen Stein im Leibe. Unsere Reichsregierung hatte all ihre Pläne mit der Militärvorlage doch auf die Gefälligkeit der Franzosen gebaut und ihnen damit einen Beweis von Vertrauen gegeben, der selbst einen Sphynx erweicht hätte. Doch diese Unholde sind keiner menschlichen Regung mehr zugänglich. Sie bauen keine Breiterparaden, konzentriren keine Soldaten, schimpfen nicht auf die Deutschen, jubeln nicht, daß wir uns wehrlos machen und ihnen den Weg in unser Land öffnen — von alledem nichts, gar nichts! Dagegen drehen die abscheulichen Burschen Herrn von Caprivi ganz respektlos eine Nase, lachen über die Naivetät, die ihnen zumuthet, der deutschen Reichsregierung eine zweite Wahlschlacht zu gewinnen, und haben sogar die Stirn — diese gewissenlosen Heuchler! — uns Deutschen im Namen der Menschheit und Menschlichkeit Glück zu wünschen, daß wir uns endlich von dem Alp des Militarismus zu befreien suchen und damit der gefamten Kulturwelt einen Dienst leisten — namentlich aber auch i h n e n, den Franzosen, die nun endlich auch Aussicht haben, die erdrückende Last von sich abzuwerfen zu können.

Kurz — die Franzosen thun, mit einem Raffinement, dessen sie niemand fähig gehalten hätte, genau das, was den Vätern und Patronen unserer Militärvorlage möglichst unangenehm ist, und unterlassen alles, worauf dieselben gerechnet hatten.

Sogar die „Frankfurter Zeitung“, die neuerdings ziemlich viel in Chauvinismus macht, muß den Franzosen das Zeugniß ausstellen, daß sie die Rolle der Friedlichkeit ganz vortrefflich spielen, und daß von Chauvinismus keine Spur zu entdecken.

Allerdings, das ist ja „pure Verstellung“, sagt das patriotische Karikatur-Magazin.

Nun, wir wollten nur, unsere Junker und Chauvinisten „verstellten“ sich ebenso gut. Die Verstellung würde ihnen vielleicht im Laufe der Zeit zur anderen Natur, und sie würden zuletzt ordentliche kultivirte, kulturfreundliche Menschen.

Ein paar französische Winkblätter treiben zwar noch etliche Mlotria, inder Ausnahmen befristigen die Regel, und der deutsche Neptilthaler ist international.

Als kennzeichnend für die Haltung der französischen Presse theilen wir nachstehend in deutscher Uebersetzung einen, von dem bekannten Paschal Groussset geschriebenen Artikel des radikalen „Germinal“ mit. Herr Paschal Groussset, der in der Kommune thätig war, steht, wie man sieht, nicht mehr auf dem Boden der rein sozialistischen Auffassung, und wir können nicht mit seinen Schlussfolgerungen übereinstimmen, allein diese Mängel erhöhen nur den Werth

Liberalismus nichts hinausginge. Da kamen nun junge, geistreich thnende Frante und ungebildete Gesellen und wollten ihm weismachen, daß es noch ganz andere Dinge zwischen Himmel und Erde gäbe, als er sich träumen lasse und daß es wichtigere Fragen zu lösen gelte, als die politischen.

Er ließ es denn auch nicht an leidenschaftlichen Ausfällen gegen die „ideologischen Weltverbesserer“, die alles auf den Kopf stellen wollten, fehlen und perorirte namentlich in seinem Lade, auf einem alten Lehnstuhl thronend, vor seinem Publikum von Schiffen und Landleuten über die Autoritätslosigkeit der Zeit. Und trotzdem hatte er im Geheimen eine große Sympathie für die soziale Bewegung und konnte sich nicht enthalten, in die Versammlungen der Sozialdemokraten zu laufen und jede von ihnen ausgehende Schrift, deren er habhaft werden konnte, zu lesen. Er hätte sich auch vielleicht zu ihnen bekehrt, wenn nicht gerade einer ihrer Apostel, der, wie es meistens Aposteln geht, an Glücksgütern nichts zu bieten und vermöge seiner politischen Richtung wenig Aussichten auf eine glänzende Zukunft hatte, das Herz seiner ältesten Tochter gewonnen und diese sich gegen seinen Willen mit ihm verlobt hätte.

So sah er denn auch jetzt, mit dem ganzen Oberarm auf den Tisch gestützt und das Blatt dicht an die Lampe haltend, und verschlang den Bericht, als Lussy mit dem Abendbrot herbeikam. Auch Frau Stern schien nicht auf ihr Wiedererscheinen gewartet zu haben. Sie hatte mittlerweile die Spirituslampe angezündet und den Thee bereitet, dabei immer den Brief Valerka's in der Hand haltend und abwechselnd vor sich hinlächelnd und seufzend. Als der gedeckte Tisch Herrn Stern endlich von seiner Lektüre abzog,

des Zeugnisses — zumal die Haltung der internationalen Sozialisten in Frankreich durch das Programm von selbst gegeben ist. Der Artikel lautet:

Die Last des Panzers.

Zum ersten Mal in seiner Geschichte vertritt der Deutsche Reichstag die Menschheit, das Menschenthum. Es war zum wenigsten der Rothschild ganz Europas, der aus seiner Ablehnung der neuen Militärlasten herausklang.

Die Rüstung lastet erdrückend und erstickend auf den Nationen. Der Athem geht ihnen aus. Und es ist nur logisch und gerecht, daß Deutschland, die Mutter des Systems, ihn den ersten Fluch abringt, und daß Italien, der Frosch, der sich thörichter Weise zum Ochsen aufblasen wollte, den ersten Angstschrei um Gnade ausstößt.

Der Geist steht verwirrt vor den Ziffern, die augenblicklich die Ausgaben für die Heere und Flotten Europas angeben. Man wird uns verzeihen, daß wir sie trotz ihrer Trockenheit hier wieder vorbringen, aber die Statistik allein vermag uns die Ungeheuerlichkeit der Zustände in ihrer tragischen Wirklichkeit darzulegen.

Betrachten wir nur die sieben Großmächte: Frankreich, Rußland, Oesterreich-Ungarn, das Deutsche Reich, Großbritannien, Spanien und Italien.

Ihre Gesamtbevölkerung beträgt, alles in allem, nicht mehr als 350 Millionen.

Und wieviel Menschen haben sie im Frieden, nur um sie zu „üben“, unter den Waffen?

Drei Millionen viermalhunderttausend. Das heißt beinahe einen Mann auf hundert Einwohner, fünfzig männliche Personen und zwanzig gesunde Erwachsene.

Ein Krieg würde fünfzehn bis zwanzig Millionen Soldaten ins Feld rufen.

Diese drei Millionen viermalhunderttausend Fußsoldaten, Reiter und Seelente, die nichts produziren und alljährlich, gering geschätzt, einen Verlust von einer Milliarde für die menschliche Arbeit bedeuten, kosten ihren Nationen sabelhafte Summen.

Zu runden Zahlen kosten sie jährlich: Frankreich 950 Millionen Franken, Rußland 935 Millionen, Großbritannien 700 Millionen, Deutschland 575 Millionen, Oesterreich-Ungarn und Italien je 350 Millionen, Spanien 170 Millionen. Das heißt, diesen Großmächten insgesammt vier Milliarden im Jahr, mehr als hundert Milliarden in fünfundsiebzig Jahren — ungerechnet die Sonderausgaben für Befestigung und Ausrüstung.

Doch weit beunruhigender und bedenklicher als diese Summen an sich ist, daß sie sich unaufhörlich in ganz regelmäßiger Progression vermehren: innerhalb fünf Jahren in Deutschland um 33 pCt., in Italien um 51 pCt., in Oesterreich um 48 pCt., in Rußland um 15 pCt., in Spanien um 8 pCt. und in Frankreich und England um 7 pCt., durchschnittlich also um 23 pCt.

Und dies, während die Einnahmen in den gleichen Ländern kaum 1 bis 2 pCt. jährlich steigen.

Eine ganz natürliche Folge hiervon ist, daß die Schuldenlast allgemein wächst. In zusammen fünf der obengenannten Staaten stieg die Schuldenmasse von 52 Milliarden im Jahre 1882 auf 76 Milliarden im Jahre 1888 und im Jahre 1890 auf 120 Milliarden, die zu ihrer Verzinsung 4—5 Milliarden verlangen.

Zweifellos sind die Ausgaben für Heer und Flotte nicht die einzige Ursache des stets wachsenden Druckes der öffentlichen Lasten, aber bei Weitem die hervorragendste, unmittelbar

langte er mit dem gesunden Appetit zu, und fand nur Zeit, hin und her ein giftiges Gebrumm über die „verwünschten Aufwiegler“ ertönen zu lassen. Von seiten der Frauen erfolgte hierauf keine Antwort, und so verlief der Rest des Abends, indem jedes seinen Gedanken nachhing.

II.

Kurt Dettinger war der Sohn eines höh-ren Offiziers, dessen Vorfahren, der Familientradition zufolge, mit den vertriebenen salzburgischen Protestanten nach Ostpreußen gekommen waren. Auf eine solche Abstammung deuteten wie der Name, so die dunklen Augen und Haare der männlichen Mitglieder der Familie. Es mochte sich darin, wie in dem Schnitt des Gesichts, der Einfluß der Jahrhunderte langen römischen Ansiedlung in dem alten Norikum bemerkbar machen. Dettinger, der Vater, zeigte diese Bildung, und die drei Söhne sahen ihm sprechend ähnlich, doch nur in Kurt, dem jüngsten, hatte der Typus seinen edelsten Ausdruck erreicht, so wie sich in ihm auch alle geistigen Fähigkeiten konzentriert zu haben schienen. Die älteren Brüder, Paul und Alfred, waren nicht besonders beanlagt, und der Vater pflegte mit kühler Unparteilichkeit zu sagen: „Meine Jungen sind gerade klug genug, um Soldaten zu werden.“ Aber nur die beiden ältesten waren ohne Widerrede Soldaten geworden; Kurt hatte sich der Forderung des Vaters widersetzt. Der wißbegierige, ungewöhnlich begabte Knabe wollte studiren, es koste, was es wolle. Als er seinen Entschluß den Eltern verkündet, war es zwischen ihm und dem Vater zu einem harten Kampf gekommen, der bei des letzteren militärisch strenger, häuslicher Zucht wahrscheinlich mit Kurt's Niederlage geendet haben würde, wenn

Wähler! Parteigenossen!

Liste steht. Wähler, Parteigenossen, thut Mann für Mann Eure Pflicht.

Heute, Donnerstag, ist der erste Tag, daß die Wählerlisten ausgelegt sind. Versäume keiner nachzusehen, ob sein Name in der

durch die fortgesetzte Steigerung des Aufwandes für das Militär, mittelbar, indem sie die Hauptquellen der Arbeit verstopfen. Es genügt festzustellen, daß in Frankreich, wo die Ausgaben für Heer und Marine den vierten Theil der Staats-Einnahmen verschlingen, für den öffentlichen Unterricht nur 3,95 Fr. pro Kopf der Bevölkerung ausgeworfen sind (3,85 Fr. in England, 3 Fr. in Deutschland, 1,90 Fr. in Oesterreich-Ungarn, 1,45 Fr. in Italien, 1,10 Fr. in Spanien und 0,80 Fr. in Rußland).

Früher oder später muß die Stunde schlagen, in der die Wähler gegen ein Weiterschreiten auf diesem verderblichen Wege Einspruch erheben. Sie scheint in Deutschland geschlagen zu haben. Aber es ist klar, daß bei den Bestrebungen auf Herabsetzung der Militärlast ein praktischer Erfolg so lange ausgeschlossen ist, bis die weiseste Nation ein großes Beispiel gegeben hat.

Es wäre unseres republikanischen Frankreichs würdig, dies Beispiel zu geben. Nicht etwa durch eine Herabsetzung des gegenwärtigen Truppenbestandes — wir wären die Letzten, zu verlangen, daß es sich angesichts der Feinde, die es umlauern, wehrlos mache! — wohl aber durch ein vertieftes Studium der Mittel, welche anzuwenden sind, um die Ausgaben für das Militär zu vermindern, während man zugleich den inneren Werth, die Qualität der Truppen erhöht.

Die Durchführung der zweijährigen Dienstzeit, die Erziehung von Bezirks-Schießschießen und vor allem die Reform des militärischen Lieferungs- und Zuschlagswesens würden sicherlich eine Grundlage für diese notwendige Sparbarkeit liefern. Um sich hiervon zu überzeugen, braucht man nur zu bedenken, daß die deutsche Armee trotz einer annähernd gleichen Präsenzstärke jährlich 800 Millionen weniger kostet, als die französische. Und wer wagt heutzutage zu behaupten, daß die eine der andern überlegen sei?

Aber man wird diesen Weg nicht eher beschreiten, als bis eine kräftige Hand die gründliche Reform der Kriegsanstalten, dieser Höhlen des Schandens und der Reaktion, wenn nicht gar des Verrathes, durchgeheißelt hat.

Und deshalb wollen wir eine solche Reform unentwegt fordern und mit aller Kraft für ein Ministerium eintreten, welches den Muth hat, sie zu verwirklichen.

Pascal Groussier („Germinal“).

Politische Ueberblick.

Berlin, den 17. Mai.

Das beste Pulver. Die Arbeiterpartei Brüssels veranstaltet, wie dem „Vorwärts“ aus Brüssel telegraphirt wird, zu Gunsten des Wahlfonds der deutschen Sozialdemokratie eine Festschicht verbunden mit einer Geldsammlung. Ein donnerndes Bravo den Brüsselern! Möge ihr Vorgehen bei den Arbeitern des ganzen Auslands eifrige Nachahmung finden.

In der gestrigen Sitzung des preussischen Staatsministeriums, an der der Reichskanzler, der Kriegsminister v. Kattenborn-Stachau und der Staatssekretär v. Rathhahn theilnahmen, soll angeblich beschlossen worden sein, die Militärvorlage dem neuen Reichstag in der dem Antrag v. Huene entsprechenden Fassung zu unterbreiten. Die erforderliche Deckung soll unter Verzicht der vorher in Aussicht genommenen Erhöhung der Branntwein- und Brausteuer beschafft werden. Auch dem „Hannoverschen Courier“ wird gemeldet, daß die neue Militärvorlage nach dem Antrage des Herrn v. Huene bereits umgearbeitet worden ist. Der Gesetzentwurf als solcher sei fertiggestellt und nur die Begründung desselben noch nicht ganz vollendet, dürfte aber in den nächsten Tagen ebenfalls fertiggestellt sein. Wenn die Regierung angeblich darauf verzichtet, durch erhöhte Bran- und Branntweinsteuer die Kostendeckung zu beschaffen, so fragen wir: Wie sollen die Mittel aufgebracht werden? Doch nur durch indirekte Steuern oder durch Monopole. Wähler, seid auf der Hut und laßt

die Mutter, die das Wesen des Knaben besser erkannte, als ihr Gatte, sich nicht ins Mittel gelegt und von demselben wenigstens das Bugeständnis erlangt hatte, daß Kurt das Gymnasium absolvieren dürfte.

Frau Rosa Dettinger stammte von den Ufern des waldumkränzten buchtenreichen Spirdingsees, aus dem preussischen Masuren, wo ihre Eltern ein schönes Gut besaßen. Sie hatte Geld ins Haus gebracht, und die Söhne waren im Wohlleben aufgewachsen. Dies hatte bei den beiden älteren zur Folge gehabt, daß sie schon als Jährliche wie die großen Herren gelebt und namhafte Schulden gemacht hatten, sodas das Vermögen zu Begehren des Vaters bereits arg geschmälert worden war. Als Kurt vor dem Abiturienten-Examen stand, starb der Vater plötzlich. Dadurch wurde für Kurt die Bahn frei; er bezog die Albertina und widmete sich der Jurisprudenz und den Staatswissenschaften. Aber die Studienjahre kosteten Geld, das wilde Leben der Brüder nöthigte die Mutter, wiederholt bedeutende Geldopfer zu bringen, so daß, als sie ihrem Gatten nach zwei Jahren folgte, von dem einst schönen Vermögen auf jeden der Söhne nur ein sehr geringer Antheil kam. Kurt mußte seine Mittel sehr zusammenhalten, wenn er seine Studien beenden und für später einen Nothgroßchen bewahren wollte, und doch half er noch seinen Brüdern hier und da mit kleinen Summen aus. Er, der im Wohlleben erzogen worden, keine Entbehrungen kennen gelernt hatte, bewohnte jetzt die dürftigsten Räume, die er überdies stets mit einem Freunde theilte, beschränkte sich in Kleidung und Speise aufs äußerste und war dennoch aus tiefer Seele glücklich — glücklich in dem reichen, geistig bewegten Leben mit seinen Kommilitonen, in dem gemeinsamen idealen Streben, welches weit über das Brotstudium hinausging, in dem immer tieferen Erfassen der großen sozialen Bewegung, die ihre Fluthen bis in die ostpreussischen Lande hinüberwälzte. Er war ein Student so recht im idealen und poetischen Sinne des Wortes, ein leicht-herziger, zu jeder Tollheit aufgelegter Kamerad, in dem die Lust des Lebens überschäumte, ohne daß er die Grenze des Schönen je überschritt, der mit derselben Heiterkeit schwelgte und darbt, und dessen poetisch gestimmtes Gemüth die gemeine Wirklichkeit kaum berührte.

Euch durch diese Verzögerungspolitik nicht fangen, die Euch erst die Last aufbürdet und dann Euch das Fell über die Ohren zieht. Denn die große Masse zahlt so oder so die Rede.

Wirklich? Die für Juni angelegten Uebungen der Reserve und der Landwehr sind, der „Breslauer Zeitung“ zufolge, bis Anfang Juli verschoben worden. Sie fänden mithin erst nach dem Reichstags-Wahlen statt. Offenlich wird diese Nachricht amtlich bestätigt. Wie steht es aber mit der gestern von uns mitgetheilten Verfügung an die Bezirksfeldwebel betreffs der „sozialdemokratischen Agitatoren“?

Fünf Jahre! In einem Leitartikel, der sich gegen mittelparteilich-konservative Wahlartikler richtet, schreibt die „Kreuz-Zeitung“:

„Denkt man denn gar nicht daran, daß es sich jetzt darum handelt, Abgeordnete zu wählen, die fünf Jahre lang über die Lebensinteressen der Nation zu entscheiden haben werden? Fünf Jahre! — in Wahrheit aber noch viel länger. Die Gesetze, die einmal da sind, wird man so leicht nicht wieder los.“

Das konservative Organ hat ganz recht. Die Wähler mögen bedenken, was die Erwählten der Faschingswahlen in 3 Jahren für Unheil anrichten (Branntweinsteuer, Verlängerung der Legislaturperiode und Erhöhung der Kornzölle von 3 auf 5 M).

Kommt jetzt eine ähnliche Majorität zu stande, was wird die in fünf langen Jahren erst anrichten.

Das prozig alberne „Angebot freiwilliger Selbstbesteuerung“, wie es in dem Antrag der Eisenindustriellen-Konferenz geplant ist, hat überall die gebührende Heiterkeit erregt. Nun ist ja dieses Anziehen der „Spendirhosen“ nur eine schöne Pose, aber sie hat doch auch ihr Gutes — für die Arbeiterbewegung. Dieselben „nothleidenden“ Herren, die über die unerträglichen Opfer, die Staat und Reich von ihnen fordern, Peter schreien, erklären nämlich in der „Begründung“ ihres Antrags, die ihr Leitblatt, die „Kölnische Zeitung“ mittheilt:

Auf diese Weise würde die deutsche Industrie und der deutsche Handel inklusive der großen Banken und der Betheiligten an der Börse einem Ziele zustreben, dessen Erreichung ihrer Bedeutung und Machtstellung entsprechend ist. Da nicht anzunehmen ist, daß der nächste Reichstag sich gegen die Aufbringung des ganzen, von der Regierung geforderten Betrages aussprechen wird, so ist die Bewältigung des freiwillig aufzubringenden Zuschusses keineswegs schwierig, wenn man bedenkt, daß allein die deutschen Altengeldgesellschaften bei einem Kapital von etwa 5000 Millionen Mark einen Reingewinn von etwa 500 Millionen Mark aufbringen. Wenn, wie man annehmen darf, ein Sieg nicht allzu schwer zu erzielen ist, so wird er auch noch andere große Vortheile für den Staat im Gefolge haben. Der berechtigte Einfluß im Staat wird in die Hände derjenigen zurückkehren, welche mehr Einsicht für die Bedürfnisse desselben haben, sowie den guten Willen und die Macht, solche zu befriedigen. Die Zurückbildung des Einflusses im Staate auf viele kleine und unzufriedene Elemente liegt nicht im Wesen einer vernünftigen Staatsraison; nur die Einsichtigen, Verständigen und Starken sollen regieren bzw. der Regierung mit ihrem Rathe zur Seite stehen, dafür aber niemals die ersten sein, welche mit Rath und That hilflos überkommen und diejenigen Seiten gern und willig übernehmen, welche die ärmeren zu tragen nicht wohl angehalten werden können.

Das heißt: Das allgemeine Wahlrecht werde beseitigt, die Schienen- und Kohlenkartelle diktiert die Preise, der Arbeitertrug werde bis zum äußersten verschärft, die rheinisch-weißfälischen Schienenslider und Steuerbestraudanten — das sind die „Einsichtigen“, „Verständigen“, „Starken“ — werden allmächtig. An Unverfrorenheit läßt dies Manifest

In diese Zeit fiel seine Bekanntschaft mit Waleka Stern.

Wie jedes Jahr feierte die Königsberger Studentenschaft ihr Saltgarbenfest zur Erinnerung an die Befreiungskriege von 1813 bis 1815. Der Saltgarben, sowie der Hausenberg sind isolirte, kegelförmige Hügel, welche sich im Nordwesten von Königsberg einige hundert Fuß hoch erheben und mit dichtem Eichenwald bestanden sind. Auf der Spitze des Saltgarben steht, dem Andenken jener Zeit gewidmet, ein altes eisernes Kreuz, neben dem alljährlich an dem Tage der Schlacht von Belle-Alliance die Studentenschaft einen Holzstoß anzündet, bei dessen lodern den Flammen einer der dazu erkorrenen Mäusenöhne eine auf den Tag bezügliche Rede hält. Diese Feier, sowie der weite Blick, den man von der Spitze des Saltgarben über weitenweites Forsten und sanft gewelltes grünes Hügelgeland bis zu dem blauen Streifen hier des frischen Hafens, dort der Ostsee, am fernen Horizont genießt, ziehen immer eine große Menge Königsberger herbei, und auch in diesem Jahre herrschte droben zwischen den alten Eichen ein buntes Treiben.

Ein reicher Weinhändler, dessen Töchtern Waleka Gesangsunterricht erteilte, hatte das junge Mädchen zu der Fahrt mit seiner Familie nach dem Saltgarben eingeladen, und dieses hatte mit Vergnügen zugesagt. Nach einem herrlichen Tage war die Sonne mit fast südlicher Farbenpracht unter den Horizont gesunken. Weiße Schatten senkten sich über die Landschaft herab. Die Wälder schwammen in blauem Duft und würzige Kühle stieg aus der Ebene auf. Unter den Eichen dämmerte es nächtlich. Da stammte droben am Kreuze das altheidnische Feueropfer zum klaren Zenit auf, wie es vor Jahrtausenden aufgestammt sein mochte, und die feierlichen Klänge des Gaudamus umbrausten die Flamme in hellem, kräftigem Chor.

Die im Walde zerstreute Gesellschaft sammelte sich um die Sänger und lauschte, alte Herren, ehemalige Studenten, sangen begeistert mit. Bei den letzten Tönen des Liedes schritt Kurt Dettinger in vollständigem „Wich“, über der Sammetpefische die weißseidene Schärpe, und das Barrett mit lang wallender Feder auf dem Haupt, die Stufen zum

nichts zu wünschen übrig. Aber hübsch ist doch das Zugeständnis der „Nothleidenden“, daß sie's „dazu haben“ von wegen des Reingewinns! —

Steuerlast und Militärlast. Es wird, schreibt treffend die „Freisinnige Zeitung“, mehrfach so dargestellt, als ob man der Präsenzserhöhung nach dem Antrage v. Huene zustimmen könne unter der Bedingung, daß die Kosten der Militärvorlage nicht durch eine Steigerung der Verbrauchsabgaben aufgebracht werden. Das ist gänzlich unausführbar. Denn über die Deckungsfrage wird nicht in der Militärvorlage selbst Beschluß gefaßt, sondern erst nach Erledigung derselben. Sollte ein neuer Reichstag, was wir nicht hoffen, den Antrag Huene annehmen, so würde die Deckungsfrage der späteren Session vorbehalten werden müssen. Bis dahin würde die Deckung durch Erhöhung der Matrifularbeiträge, also auf Kosten der Einzelstaaten erfolgen. Wenn dann späterhin keine Einigung erfolgt über neue Steuererlese im Reiche, so fällt dauernd die Neubelastung auf die Matrifularbeiträge. In den Einzelstaaten führt die Erhöhung der Matrifularbeiträge alsdann zur Erhöhung der direkten Steuern oder zur weiteren Benachteiligung aller Kulturaufgaben, namentlich auch für Justizpflege und Schulwesen, welche auf die Finanzmittel der Einzelstaaten angewiesen sind. Wer also die Hand bietet zur Steigerung der Militär-lasten, der wird damit auch mitschuldig für alle Steuerlasten, welche diese Präsenzserhöhung nach sich zieht. Alle gegenheiligen Ausführungen dienen nur dazu, den Wählern Sand in die Augen zu streuen.

Kirchlicher Segen. Erzbischof Dr. v. Stabilewski hat, wie der „Kurzer Bot.“ meldet, von Rom aus an den Propst Dr. Kantecki in Strelno folgendes Telegramm gerichtet:

„Ich benachrichtige Dich, daß ich dem Abgeordneten von Komierowski und der polnischen Fraktion für ihr Verhalten bei der Abstimmung über die Militärvorlage der Regierung meinen Dank ausgesprochen habe.“

† Florian, Erzbischof.

Den Krapülinski und Waschlapski, die über den Stoc gesprungen sind, wird dieser Dank des Erzbischofs Florian über den berechtigten Vorwurf trösten, daß sie durch ihr Verhalten das Volk auspowern helfen.

Die Brücke in den Zukunftsstaat ist entdeckt. Und entdeckt von wem? Von der — „Kreuz-Zeitung“, die in ihrem heutigen Leitartikel den Antrag der Berliner Stadtverordneten auf Unentgeltlichkeit der Lehrmittel als einen „Versuch“ bezeichnet, „allmählig und unmerklich eine Brücke in den Zukunftsstaat herzurichten“. Ganz Unrecht haben die Gelehrten des Junterblattes freilich nicht. Das Bernen führt ganz gewiß „allmählig in den Zukunftsstaat“. Deshalb haben die Herren Junter auch eine solche Scheu vor dem Bernen.

Die bayerischen Landtagswahlen werden nun doch, wie offiziös gemeldet wird, sich an die Reichstagswahlen anschließen und nicht, wie verschiedene Blätter berichteten, bis zum September verschoben werden.

Wiedereinführung der Berufung. Die „Bosische Zeitung“ erzählt darüber folgendes:

Der Gesetzentwurf über die Wiedereinführung der Berufung, der im preussischen Justizministerium vorbereitet wird und als Antrag der preussischen Regierung beim Bundesrathe eingebracht werden soll, wird voraussichtlich erst im nächsten Herbst an den Bundesrathe gelangen. Die Absicht, die Berufungen den Ober-Landesgerichten zu übertragen, ist auf verschiedene Gründe zurückzuführen. In erster Linie war zu berücksichtigen, daß mehrere Bundesregierungen, namentlich die von Bayern, Württemberg und Baden, ihre Zustimmung zur Wiedereinführung der Berufung davon abhängig machen, daß die Ober-Landesgerichte als Berufungsinstanz gelten, weil 1. eine Berufung gegen die Strafkammer des Landgerichts an eine andere Kammer desselben Gerichts, zumal die in erster Instanz erkennenden Richter, sowie der Untersuchungsrichter und Berichterstatter sich in zweiter Instanz nicht betheiligen dürfen, ein zu starkes Personal der Landgerichte, auch der kleinsten, erfordern und auch insofern kein Vertrauen genießen

Kreuze hinan, um die ihm heute zugefallene Festrede zu halten. Es war ein prächtiges Bild, wie er so vom Feuer beleuchtet da stand, der Jüngling mit den schönen, durchgeglänzten Zügen, in der malerischen, altdeutschen Tracht, entblößten Hauptes und die Linke auf dem Griff des Schlagers ruhend. Aller Augen hingener unwirksam an ihm, und unter ihnen die Waleka's, die den geistreichen Kopf Dettinger's wohl schon im Laufe des Nachmittags bemerkt, aber wieder aus dem Gesicht verloren hatte. Als er nun auch sein sonores, kräftiges Organ über die Menge hin erschallen ließ und statt der üblichen patriotischen Ahrasen, Gedanken, die den Hero der Gegenwart berührten, in schöner poetischer Sprache entwickelte, da kam es wie eine Lebensoffenbarung über sie. Es war ihr, als ob sie in eine neue Phase des Daseins getreten. Begeistertes Bravo lohnte dem Redner.

„Kennen Sie den jungen Mann?“ wandte sich Waleka an den neben ihr stehenden Weinhändler, Herrn Garbrücker, der sich mit Klatschen und Bravorufen gar nicht genug thun konnte.

„Und ob ich ihn kenne,“ versetzte dieser. „Das ist ja der Studiosus Dettinger. Sein Vater war einer meiner besten Kunden und mein guter Freund. Muß Sie doch mit dem Sohn bekannt machen. Ein prächtiger Junge! Warten Sie, ich hole ihn her.“ Und der gutmüthige, bewegliche alte Herr drängte sich schon durch die Menge, den Studenten zu, die sich zu dem jetzt folgenden Kommerz im Kreise lagerten.

„Ach ja, Papa, thue das,“ rief ihm Ella, seine sechszehnjährige Tochter, Waleka's Schüsterin, nach, indem sie sich die Hände rieb und vor Vergnügen von einem Fuß auf den andern trippelte. Als die Mutter, eine beleibte, elegant gekleidete Dame, ihr dies auffällige Benehmen vermieß, schlang sie ihren Arm um Waleka und flüsterte dieser ins Ohr: „Ich möchte ihn einmal in der Nähe sehen, ich finde ihn himmlisch, auch alle meine Freundinnen sind ganz hin von ihm!“

Waleka hatte nicht Zeit, über diesen Backfischjargon zu lachen. Schon kam Herr Garbrücker mit Dettinger heran, und die Vorstellung erfolgte. Auch Dettinger war wie gekannt beim Anblick des Mädchens. Bald befanden sich beide in lebhaftem Gespräch. (Fortsetzung folgt.)

würde, als das Publikum beide Kammern für dasselbe Gericht anzusehen geneigt wäre; weil 2. den Urtheilen der Oberlandesgerichte mit ihren erfahrenen und älteren Richtern ein größeres Gewicht beigelegt wird und hier ein Richterwechsel seltener vorkommt als bei den Landgerichten; weil 3. die Kollegialität und Unbefangenheit der Richter bei den Landesgerichten beeinträchtigt werden würden, wenn hier die Erkenntnisse einer anderen Strafkammer desselben Gerichts einer entscheidenden Kritik unterzogen werden würden. Da nun im Jahre 1884 sich auch der XVII. deutsche Juristentag und der deutsche Anwaltstag für die Berufung gegen die Entscheidungen der Strafkammern an die Oberlandesgerichte ausgesprochen haben, so hielt man es an maßgebender Stelle für notwendig, zunächst die Gutachten der Gerichte über die Sache einzuholen. Wie bereits mitgeteilt, haben fast sämtliche Landgerichte in Preußen für die Ueberweisung der Berufung an die Oberlandesgerichte gestimmt. Es handelt sich jetzt um die Untersuchung des Kostenpunktes, wobei auch die Frage in Betracht kommt, ob nicht die Kosten der Wiederführung der Berufung durch andere Ersparungen ausgeglichen werden könnten. Alsdann ist die Entscheidung darüber zu treffen, ob die durch die Zulassung der Berufung unbedingt gebotene Revision des Gerichtsverfassungsverfahrens und der Strafprozess-Ordnung sich auch auf andere Vorschriften zu erstrecken habe, als diejenigen, welche nur als Kautelen für ein ohne das Rechtsmittel der Berufung gedachtes Verfahren Aufnahme gefunden haben, also mit der Zulassung der Berufung ihre Berechtigung verlieren würden. Schließlich sei noch erwähnt, daß es in der Absicht liegt, das Rechtsmittel der Berufung nicht nur dem Angeklagten, sondern auch der Staatsanwaltschaft zu gewähren (!). —

Der „höhere Offizier“ der „National-Ztg.“ der über die belgischen Heereszustände das Blaue vom Himmel herunter — dichtete, hat Pech, unsagbar viel Pech. In der „Kölnischen Zeitung“, einer Gefinnungsgenossin der „National-Zeitung“, liest man in einer Brüsseler Korrespondenz:

„Es pulst im Heere, diesmal ist kein Zweifel dran. Vorige Woche schüttelten die Soldaten des zu Antwerpen-Berchem liegenden Genie-Regiments um Mittag ihre Suppe aus, weil die Zubereitung derselben nach einer neuen Vorschrift ihnen mißfiel, und um 1 Uhr weigerten sie sich, an das ihnen anbedingte Bett zu gehen. Es war das nur, wie es scheint, der Tropfen Wasser, der das Glas überlaufen ließ. Nicht macht kein Mensch glauben, daß belgische Soldaten schlechte Suppe oder verdorbene Kartoffeln zu essen bekommen. Der böse Geist ist in das Regiment gefahren; es besteht aus Arbeitern der großen Städte und Industriebezirke, meist unvorsichtigen, in ihrer Zuchtlosigkeit für jeden Umfuggedanken empfänglich. Das Regiment ist in der Strafkompagnie zu Wilsoorde sehr stark vertreten. Gegenwärtig haben die Sozialisten des Regiments ihre Kameraden so in der Hand, daß alle mitmachen müssen. Da man in Dingen, wie die Sozialistenpropaganda im Heere, den Blättern nicht ohne weiteres trauen darf, will ich nunmehr einem mir gütigst mitgetheilten Briefe eines Soldaten des Genie-Regiments, eines mir als anständig geschilderten jungen Mannes, einige Angaben entnehmen: „Unser ganzes Regiment war vier Tage lang gestraft, und wir sind auch um unsern achtstägigen Urlaub. Während zwei Monaten giebt es keinen Urlaub, und das alles, weil wir unsere Mittagssuppe verweigerten und um 1 Uhr nicht ans Bett gehen wollten. Es sind unser wohl 40 gestraft worden, die sie für die Aufbruchmacher hielten, alle mit 8 Tagen „Polizeikammer“ und 3 Monate keinen Urlaub. Nun heißen sie uns scharf arbeiten, glaube mir, früher ging es noch, allein jetzt heißt es Arbeit ohne Paß. Am Sonntag standen sie (die Sozialisten) mit Zetteln am Thor und in der Stadt, um sie uns zu geben, damit wir Aufbruch machten und alles stehen ließen. Allein die Offiziere packten scharf auf, sodas kaum 30 solcher Zettel in unsere Hände gelangten. . . . Abends 8 1/2 Uhr ward Appell gehalten und wir gingen alle singend nach unten. Als wir fertig waren, gingen wir in unsere Stuben; wir sangen die Marschlied, da aber ward es Zeit, daß wir schwiegen, denn die Vorgesetzten sprachen davon, andere Soldaten kommen zu lassen. Der Major blieb die ganze Nacht in der Kaserne. . . . Nun? —

Koloniale. In Deutsch-Ostafrika haben die Kolonialhelden kürzlich zwei Gefechte bestanden, worüber das „Deutsche Kolonialblatt“ die Berichte bringt. Durch Hauen, Stechen, Schießen, Sengen und Brennen wird deutsche Kultur, d. h. Schnaps und Pulver, nach Afrika unter die Wilden getragen. — Ferner ist das befestigte Lager Hornkranz des Hottentotten-Häuptlings Hendrik Witbooi erstürmt worden. Das Lager befindet sich im Bary-Damaralande (Südwest-Afrika). Nach einer Drahtmeldung der „Times“ aus Kapstadt, welche der „Vossischen Zeitung“ übermitteln wird, wurden bei der Erstürmung von Hornkranz durch die deutschen Truppen siebenzig Frauen, zehn männliche Personen und einige Kinder getödtet. Die Expedition bezweckte, den Häuptling Witbooi wegen „Behelligung“ der unter „deutschem Schutz“ stehenden Hererosämme zu züchtigen. Der amtliche Bericht drückt das Bedauern aus über die Tödtung der Frauen und Kinder, aber der Plah hätte nur durch einen plötzlichen Angriff und rücksichtsloses Feuern eingenommen werden können. Seitdem herrscht Frieden. Unabhängige Berichte besagen jedoch, Witbooi beabsichtige, Rache zu üben und mache bereits Einfälle in die Nachbarschaft des deutschen Hauptquartiers Windhoek. —

Der deutsche Katholikentag wird in Würzburg vom 27. bis 30. August tagen. Die Ultramontanen haben dann Muße, die Risse ihres „festen Thurms“ zu zählen. —

Herr von Stumm war von einem Mitarbeiter in der „National-Zeitung“ wegen seiner Herrenhausrede — es handelte sich u. a. um die Ausdrücke „Feigheit“ — „Weichheit“ — einer scharfen Kritik unterzogen worden. Der „Vorwärts“ hat diese Kritik abgedruckt. Herr Stumm erwiderte darauf, und der „Vorwärts“ hat in loyalster Weise diese Entgegnung gleichfalls mitgeteilt. Für ihn war die Angelegenheit damit erledigt. Aber der Mitarbeiter der „National-Zeitung“ schrieb eine Duplik, worauf Herr Stumm heute in der „Post“ nochmals antwortet. Dieser Zweikampf kümmert uns nicht, wohl aber weisen wir mit aller Entschiedenheit die unversorgene Behauptung des Herrn Stumm zurück, welche lautet:

„Daß ein böswilliger Stribent die Feigheit — nicht Weichheit — besitzt, unter dem Schutze der Anonymität nichtswürdige Verleumdungen in die Welt setzen, wundert mich gar nicht, ich bin in dieser Beziehung durch die sozialdemokratischen Blätter, welche sich aus diesmal beiläufig haben, jenen Artikel der „National-Zeitung“ bestens zu frustifizieren, nicht verdroht, wohl aber wundert es mich, daß ein angesehenes Organ der nationalliberalen Partei sich zur Begünstigung eines so unqualifizierbaren Vorgehens hergiebt.“

Es zeugt zwar nicht von „Weichheit“, aber von dem „besseren Theil der Tapferkeit“, die Unwahrheit zu sagen. Herr Stumm schweigt die oben von uns dargelegte That-

sache todt, um nur ja der dreimal gestraften Sozialdemokratie einen Seitenhieb zu versehen. Herr Stumm hat alle Ursache, über die sozialdemokratische Presse recht bitter zu denken; es würde uns schmerzen, hätte der rücksichtsloseste und reaktionärste Vertreter des schamlichsten Unternehmenseudalismus, den wir deshalb mit aller Schärfe bekämpfen, Grund zu einer gegentheiligen Stimmung. Aber Wahrheit muß Wahrheit bleiben. Und deshalb weisen wir des Herrn Stumm unqualifizierbares Vorgehen auf das entschiedenste zurück. —

Aus Hamburg wird unterm 17. Mai gemeldet: Das Mittagsblatt des „Hamburgischen Korrespondenten“ schreibt: „Der vereinzelte choleraverdächtige Erkrankungsfall in dem holsteinischen Dorfe Schiffler hat auch hier Anlaß zu Befürchtungen gegeben, die jedoch, wie wir aus besserer Quelle versichern können, gänzlich unbegründet sind. Nach wie vor darf der Gesundheitszustand Hamburgs, der Stadt sowohl wie der Vororte und des Landgebietes, als ausgezeichnet betrachtet werden. Die bei dem Eintritt der wärmeren Jahreszeit nie ausbleibenden vereinzelten Fälle von Brechdurchfall sind auch diesmal konstatirt worden, aber in außerordentlich geringerer Zahl, als in sonstigen Jahren. Von diesen Erkrankungen verlief aber nur eine, bei einem Kinde, tödtlich. Jene, welcher Cholerafall ist dagegen nicht vorgekommen, nicht einmal von choleraverdächtigen Fällen kann die Rede sein.“

Das Bureau „Herold“ meldet aus Hamburg unterm 17. Mai: „Die ärztliche Untersuchung der Leiche des nach dem „Hamb. Korresp.“ unter choleraverdächtigen Symptomen verstorbenen Arbeiters in Schiffbeck hat cholera asiatica festgestellt. Inzwischen sind dem hiesigen Krankenhause sechs weitere unter Verdacht der Cholera erkrankte Matrosen eines aus Indien eingelaufenen Dampfers eingeliefert worden.“ —

Der schweizerische Bundesrath genehmigte die Votschaft über die zwischen der Schweiz und neun europäischen Staaten abgeschlossenen Konventionen zum Schutze gegen die Cholera. —

Auch ein Kampf um — das Koalitionsrecht. In Innsbruck streiken die — Studenten, weil die Studenten, die Reservoffiziere sind, nicht mehr Studentenverbindungen angehören dürfen. In Brünn, dem mährischen Manchesters, beschloß, wie bürgerliche Blätter melden, der Verein der Reserve- und nicht aktiven Landwehr-offiziere eine Petition an das Abgeordnetenhaus, in welcher ausgeführt wird, daß durch das Verbot der Angehörigkeit der Reservoffiziere zu den studentischen Verbindungen das Vereins- und Versammlungsrecht verletzt werde. Es werden die Brädervereine angegangen, diese Petition zu unterstützen. Also Ausstand, Petitionen, Demonstrationen zu gunsten des Vereinigungsrechts der buntbemühten, zum Suss und zu Paukeren vereinigten „Studenten“. Jahrzehnte lang mag durch schimpfliche Ausnahmefälle, durch Polizeimaßregeln, durch eine unerhörte Klassenjustiz das Koalitionsrecht der österreichischen Arbeiter mit Füßen getreten werden. Was liegt daran? Die Reserve- und Landwehr-offiziere in Brünn applaudiren und als Richter u. s. w. assistiren sie der Unterdrückung der Arbeitervereine, der Annullierung des Vereins- und Versammlungsrechts der Proletarier. Aber sie rebelliren, weil einer Organisation, die Dummejungenstrieche bezweckt, Gefahr droht. Ja, die Bourgeoisie hat noch Prinzip im Leibe. —

Italien. Zweitausend arbeitslose Landarbeiter erschienen vor den Thoren von Cesena (Romagna). Der Präsekt „versprach“, so wird der „Frankfurter Ztg.“ gemeldet, „Arbeit“. Derweilen reiten die Husaren, und die Karabinieri laden ihre Stutzen. Pulver, Blei, Kerker, das ist italienische Sozialreform. —

Dynamiterische sind wieder einmal in Paris „entdeckt“ worden. Die bürgerliche Sensationspresse berichtet die ungeheuerlichsten Dinge. In guterleht wird sich herausstellen, daß Polizei und Dynamiterische sich recht gut kennen und verstehen. Aber solche Mordgeschichten dienen zur Stimmungsmache. Also. . . —

In Serbien scheint es bei den durch den Staatsstreich zur Herrschaft gelangten Radikalen bereits zu kriseln. Es ist wegen der Aufstellung von Kandidaten für die Belgrader Skupschtina-Wahlen eine Spaltung eingetreten. Von der einen Richtung wird Dokitsch, von der anderen Pasitsch als Listenträger beantragt. Es werden deshalb zwei radikale Listen aufgelegt werden. —

Die Anti-Chinesengefährdung in den Vereinigten Staaten. Der „Times“ wird aus Philadelphia gemeldet: Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes, daß das Gesetz, wonach nichtregistrierte Chinesen ausgewiesen werden sollen, mit der Verfassung nicht in Widerspruch stehe, wird voraussichtlich keine praktischen Folgen haben, weil die Ausführung des Gesetzes zu große Kosten verursachen würde und möglicherweise Repressalien zur Folge haben könnte. Man glaubt, daß die chinesische Gesandtschaft Washington verlassen würde. Dem „Standard“ geht eine Meldung aus Newyork zu, der zufolge nach Mittheilungen von Missionaren der Generalgouverneur von Petchili Si-hung-tschang gedroht hätte, sämtliche gegenwärtig in China weilenden Bürger der Vereinigten Staaten auszuweisen. In Kreisen der Kriegsmarine werde die Möglichkeit eines Kriegsausbruchs erörtert. — Natürlich wird nichts so heiß gegessen, wie es gekocht wird, der hejopsite Bruder Jonathan ist gerieben und wird bleiben wo er ist, trotz aller Yankeegeheze gegen ihn. —

Die Reichstagswahlen.

Wir fordern die Vertrauensmänner sämmtlicher anderen Wahlkreise auf, uns sofort über die Aufstellung der Kandidaten zu unterrichten. Wir können nur die uns auf solche Weise mitgetheilten Kandidaturen verzeichnen.

Offizielle sozialdemokratische Kandidaturen. Minden: E. B. Alwin Kerck aus Bremen. München: Gladbach: J. H. Franzen aus Gladbach. Landkreis Köln: Lorenz Kurth aus Kall. Borden-Redlinghausen i. B.: Johann Meyer aus Gelsenkirchen, Kassier des Bergarbeiter-Verbandes. Dortmund: Karl Wilhelm Böde aus Dortmund. Neustadt i. Schl.: Redakteur Paul Demmig aus Breslau. Koblenz: St. Goar: Karl Ulrich aus Offenbach. Frankfurt a. M.: B. Schmidt - Frankfurt a. M.

Provinz Hessen und Fürstenthum Waldeck: Kassel-Mellungen: Redakteur und Tischler W. Pfannkuch aus Hamburg. Schwesig-Wilshausen-Schmalldalen: Redakteur und Schlosser H. Guhn aus Kassel. Friblar-Gomberg-Ziegenheim: Tischler H. Jordan aus Kassel. Rothenburg-Hersfeld-Hünfeld: Schuhmacher G. Marins aus Erfurt. Fulda-Gersfeld-Schlüchtern: Redakteur und Tischler W. Pfannkuch aus Hamburg. Waldeck-Pyrmont: Zigarrenhändler G. Garbe aus Kassel. Hinteln-Hofgeismar-Wolfschagen: Maurer A. Paul aus Hannover. Danau-Schlüchtern-Ob-Gelnhausen: Redakteur J. Hoch aus Frankfurt am Main. Marburg-Kirchheim-Frankenberg-Wöhl: Redakteur und Buchdrucker P. John aus Kassel. I. Oldenburger Wahlkreis: Paul Hug aus Bant. I. Mecklenburgischer Wahlkreis (Hagenow-Grovesmühlen): A. Rathmann aus Hamburg. Stettin: Friz Herbert aus Stettin. Prenzlau-Angermünde: O. Thierbach aus Berlin. Wittenberg-Schweinig: Wastini. Reichenbach-Neurode, Schlag-Habelschwerdt und Frankenstein-Münsterberg: A. Kühn aus Langenbielau. Schweidnitz-Striegau-Freiburg: Feldmann, zur Zeit im Gerichtsgefängnis zu Reichenbach.

Bürgerliche Kandidaturen. Deggenedorf: Dr. Rahinger, der unabhängige katholische Sozialpolitiker und Publizist. — Frankfurt a. M.: Dr. G. Oswald (M.). I. badischer Wahlkreis: Benedek, S. badischer Wahlkreis: Fröhlich, 4. Baden: Professor Heimbürger, 16. Baden: Marcus Pfleger, 11. Baden: Oskar Muser, 12. Baden: Redakteur Gerard, 13. Baden: Lotter, sämmtlich F. B. Lennep. Meitmann: Reinhold Schmidt (F. B.). Kolmar-Chaznikau-Flehe: Regierungspräsident von Kolmar-Mengen (M.). Wartenberg-Deis: v. Kardorff (M.). Guben: Prinz von Schönau-Karolath (wildeberal). Oekonomierath Casar (M.). Schwesig-Schmalldalen: Deutenant von Christen (Kartell). Halberstadt: von Erffa (M.). Reichenbach-Neurode: Konrad (F.).

Konservative Kandidaturen: für Stuhm-Marienwerder der Landtags-Abgeordnete des Kreises, Rittergutsbesitzer Freiherr von Buddenbrock-Klein Orlau, in Schlesien für Gudraz-Steinau-Wohlan Graf Garmer, Orlau-Rimptsch-Strehlen Graf Saurma-Larisch, Breslau-Neumarkt Graf Zimburg-Stirum (mit Unterstützung des Bundes der Landwirthe), Kreuzburg-Rosenberg Erbring Christian Kraft von Hohenlohe, Biegnitz-Goldberg-Hannau, Rittergutsbesitzer Seidel-Pahlow (Bund der Landwirthe), Sagan-Sprottau Frhr. v. Piliencron-Sproh. Für den Kreis Oberbarnim wurde in Freienwalde am Sonntag Professor Pauli-Oberswalde nominirt. In Wittenberg-Schweinig kandidiren v. Leipziger (M.) und Dr. Dohrn (F.). 11. sächsischer Wahlkreis: Hauße (M.). 22. sächsischer Wahlkreis: Justizrath Ovis (M.). 23. sächsischer Wahlkreis: Kirbach (F.). Frankfurt-Debus: Graf Finc von Finkenstein (M.), Knöde (F.). Rudolstadt: Gutsbesitzer Lütlich, (Kartellkandidat der R. und M.). Görlitz-Lauban: von Eichel (M.). Jauer-Vollenhagen: Dr. Hermes (F.). Erbschollersdorfer Vicar (Kartell der R. und M.). Biegnitz-Stad: Nider (F.). Rittsch-Trebunz: von Salisch, (Kandidat der R. und des Bundes der Landwirthe). Marburg: Bödel (M.), Schott („liberal“). Breslau-Ost: Postassistent Schulze (M.).

In 60 Reichstags-Wahlkreisen sind, nach einer Mittheilung aus dem Centralbureau der „Freisinnigen Volkspartei“, Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei bereits aufgestellt worden. Nicht einbezogen in diese Zahl sind Zahlkandidaturen.

Der „Freisinnigen Vereinigung“ kann es nun nicht fehlen. Die „Danziger Ztg.“ berichtet: „Eine größere Anzahl bekannter hervorragender Männer in Berlin, darunter Theodor Mommsen, werden in den nächsten Tagen einen Aufruf zu gunsten der Freisinnigen Vereinigung veröffentlichen.“ Damit lödt man keinen Hund hinterm Ofen vor, das Volk will Männer, die den Militarismus bekämpfen, nicht ihn umwebeln. Herr Mommsen, der sich in Sachen des Antisemitismus erst kürzlich bis auf die Knochen blamirt hat, gestirkt es nach neuen Vorberern.

Herr Baumbach hatte in seiner Berliner Kandidatenrede ein Gespräch erwähnt, das er mit dem französischen Votschaster über die Beziehungen Frankreichs zu Russland u. s. w. gehabt hätte. Herbetts, der Votschaster, habe das Bedenken eines russisch-französischen Bündnisses bestritten. Aus Paris meldet Wolffs Telegraphen-Bureau unterm 17. Mai: „In einer den hiesigen Zeitungen zugestellten halbamtlichen Mittheilung wird die Meldung auswärtiger Blätter, daß der Votschaster Herbetts in einer Unterredung mit einem deutschen Reichstags-Abgeordneten Erklärungen über die auswärtigen Beziehungen Frankreichs gegeben habe, formell dementirt. Herbetts kenne nicht einmal den Abgeordneten, um welchen es sich handle, und habe die ihn zugeschriebenen Äußerungen überhaupt nicht gethan.“ Demokratisch gestimmte Volksvertreter, die nicht wadelstrumpf zu Hofe gehen, kümmern sich überhaupt nicht um Votschaster und andere „Staatsmänner“ und werden deshalb auch nicht so böß lägen gestraft.

Die Berliner Antisemiten verbreiten ein liebliches Flugblatt, worin sie zu einer Versammlung einladen. Darin heißt es: „Gleichzeitig werden in der Versammlung Mittheilungen über das Verschwinden der kleinen Hedwig Weber gemacht werden.“ Die kleine Weber ist verschwunden. Wohin? Nun Ahlwardt und Genossen wissen es. Sie ist geschächt worden, der Ritualmord lieferte Blut für das jüdische Oster 1894. Solchen Widsinn druckt und hütet man noch in Berlin, was recht schmeichelhaft ist für die antisemitischen Spieser.

Ein Staatsminister von Groß in Weimar hat nach dem „Zeit. Tagebl.“ bei der Einführung des Bezirksdirektors die Ansicht geäußert, daß der Bezirksdirektor dann m a h v o l l anzugreifen habe, wenn aus Parteimitteln bezahlte Agenten von auswärts ins Land kämen und von unten heraus zu terrorisieren suchten. Der Bezirksdirektor hat nicht das Recht, irgend einen Agenten irgend einer Partei „anzugreifen“, nicht „mahvoll“ oder anderswie. Er hat eine gesetzliche Wirksamkeit einfach vor sich gehen zu lassen, sonst verliert er trotz aller Ministerreden die Besesse. Natürlich richtet sich diese Rede bloß gegen die Sozialdemokratie. Rügen wird sie nichts, aber festgenagelt muß sie werden.

Die nationalliberale Partei in Halle und dem Saalekreis beschloß, einen eigenen Kandidaten nicht aufzustellen, sondern die Kandidatur von Alexander Meyer, dem Vortänzer der „freis. Vereinigung“, welcher für den Antrag Huene gestimmt hat, zu unterstützen, um neben der Sicherung der Militärvorlage die sozialdemokratische Kandidatur erfolgreich zu bekämpfen. Wohl bekomms! —

Die badischen Konservativen stellen im Wahlkreis Bahr den Bürgermeister Rubin-Bugsweiler auf, in Karlsruhe-Broschsal den Freiherrn von Stochorner, in Heidelberg-Mosbach den Prinzen Edwinstein, in Eppingen-Dretten den Grafen Douglas.

Briefkasten der Redaktion.

August, Friedrichssoop. Durch den Aufenthalt in Deutschland haben Sie weder Ihr amerikanisches Bürgerrecht verloren, noch das deutsche wieder erworben. Sie sind also nicht wahlberechtigt.

Nochmals — Name entfallen. Von Glattes befreit müssen die Berliner Bürgersteige des Winters von 7 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends sein.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Donnerstag, den 18. Mai.
Opernhaus. Diamant. Cavalleria rusticana (Bauern-Oper).
Neues Theater. Vasantasena.
Deutsches Theater. Der Talisman.
Berliner Theater. Der Freund des Fürsten.
Festung-Theater. Brave Vent' vom Grund.
Wallner-Theater. Geschlossen.
Residenz-Theater. Musotte. Vorher: Sympathie.
Adolph Ernst-Theater. Goldlotte.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Die Hebermaus.
Avoll's Theater. La Traviata.
Viktoria-Theater. Geschlossen.
National-Theater. Die Räuber.
Alexanderplatz-Theater. Der Fall Clémenceau.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variétés. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variétés. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater. Goldlotte.

Gesangssoppe in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt.
Coupéts teilweise v. G. Görs.
Musik von G. Steffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anf. 7 1/2 Uhr.
Morgens: Dieselbe Vorstellung.
Der Sommer-Garten ist geöffnet.

Castan's Panopticum.

Neu:
Der Tod als Erlöser.
Neu:
Die Schrecken des Meeres.
Bauern-Aufstand!
Illusionist. Vorstellungen.
Irrgarten. — Schreckenskammer.

Passage-Panopticum.
Auch im Sommer
Theater-Vorstellungen.



Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Gr. Garten-Concert
und
Spezialitäten-Vorstellung.
Neues Programm.
J. Thaler, Kapellmeister
Georg. Wnger, u. Schnellzeichner.
Brothers Janos, Clowns
Frl. Wellini, Kostüm-
Soubrette.
Hr. Kern, Komiker.
Frl. Grube, Liedersängerin.
Bei ungünstigem Wetter im Saal.
Anfang: Wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf.

Etablissement Buggenhagen.

Moritz-Platz.
Täglich: Instrumental-Konzert.
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch.
Spezial-Auswahl von Vahnenhofer Lagerbier, hell und dunkel.
An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt.
Entree Wochentags 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

Genossen! Zur bevorstehenden Wahl befindet sich das Wahllokal im 2. Wahlkreis in meinem Lokal Gneisenaustraße. G. Frede.
Empfehle allen Freunden, Kollegen u. Genossen mein Weisk. u. Bayerisch-Bier-Lokal.
E. Pfennig, Manteuffelstr. 19.

Königl. italienischer Circus Ernesto Ciniselli.

Stadtbahn Zoologischer Garten.
Stadtbahn Zoologischer Garten.
Eröffnungsvorstellung.
Kustr. v. Künstlern u. Künstlerinnen 1. Ranges. Reiten u. Vorführ. d. bestreift. Schul- u. Freiheitspf. Großart. Ballet. Hocheleg. Luft. Sommercircus!
In Alles Platz die Tagesaffischen!
Ernesto Ciniselli, Direktor.

Sommer-Theater Bockbrauerei

SW., Tempelhofer Berg.
Eröffnung der Saison:
Sonntag, den 20. Mai.
Anfang 7 1/2 Uhr. (42091)
Lustspiel — Posse — Operette — Ballet und Spezialitäten 1. Ranges.

Schweizer-Garten am Königsthor.

Pfingst-Sonntag, 21. Mai:
Beginn der Haupt-Saison.
Täglich: Concert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Dorina, das Nonnen-Weib.
Geschw. Rigoli, Familie Carlo etc.
Am 1. u. 2. Feiertag:
Frühkonzert und Frühvorstellung.
Volksbelustigung.
Im Saale: BALL. (41991)

Norddeutsche Brauerei.

59. Chaussee - Strasse 59.
Täglich:
Concert.
Wochentags Entree frei.
Bei ungünstiger Witterung im Saal.
Die neu eingerichtete Kaffee-
küche ist den geehrten Gästen von 2
bis 6 Uhr geöffnet! 4146L.

Ostbahn-Park (Hermann Jubs)

Rüdersdorferstr. 71, am Ostbahnhof.
Pfingstsonntag, 21. Mai:
Beginn der Hauptsaison.
Täglich: Concert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Pantomimisten-Truppe Garothon, u. Kom. Tarameter-Droschkenfahrt, Mr. De Dolis, Regier-Sprecher.
Am 1. u. 2. Feiertage: Früh-Concert und Früh-Vorstellung.
Volksbelustigung, jeder Art. 4 Regelmäßig u. Verfüg. Im Saale Ball.

Moabiter Gesellschaftshaus.

Alt-Moabit 80 und 81.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung, sowie Concert.
Anfang 4 Uhr.
Entree 30 Pf., reservierter Platz 50 Pf.
4127L. Helmuth Peters.

Rheinländischer Tunnel

genannt: Die fidele Nagelkiste.
Berlin N., Elsasserstrasse 73.
Neu! Neu!
Die Möbel-Polnaise!
oder: 4070L.
Weber hat'n Leber, an de Lunge, an de Lunge, an de Leber!
Vorträge der berühmten Gesangsvereine „Halbe Lunge“ und „Keuchhusten“.
Vorzügliches Lagerbier der „Schöneberger Schloßbrauerei“ à Seidel 10 Pfennige.
H. Schultze (mit'n B.).
(Notiz: Mang uns mang is leener nich mang, der nich mang uns mang jehört.)

Allen Freunden u. Genossen empfehle mein Lokal zum freundl. Besuch. (106)
W. Clemen, Wollantstr. 122, Pantow.
300 Mark
werden gegen gute Vergütung vom Parteigenossen zur Vergrößerung seines Geschäfts gesucht. Off. unt. K. B. an d. Exp. d. Zig. 42438

Unserm Freunde u. Kollegen Wilhelm Brall zum heutigen Biagensefeste die besten Glückwünsche.
F. C. A. S. R. K. G. P.
Wilhelm, stehe heute?

Die gegen Maurer Otto Schilling, Arbeiter Franz Beyer und Maurermeister Eieks ausgebrochene Verdrächigung der Entwendung eines Raminchens nehmen wir hiermit, öffentlich Abbitte leistend, als unwahr zurück.
Schuhmacher Bahr und Frau, 11b Gartenstraße 82.

Achtung! Vereine! Achtung!
Zur bevorstehenden Saison hält sich der Tanzlehrer-Verein „So. Barität“, der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht, den werthen Vereinen bestens empfohlen.
Bestellungen bitte im Vereinslokal Annenstr. 16, Telephon Amt 4. 1116, sowie an den Unterzeichneten zu richten.
Der Vorstand.
J. A.: Richard Heinrich, Vors., Wienerstr. 61, v. 4 Tr. (332/7)

Achtung! Spandau. Achtung!
Das sozialdemokratische Wahl-Komitee für die Stadt Spandau besteht aus folgenden Personen:
O. Grieben, Bergstr. 12. O. Bismark, Plantage 3. W. Müller, Frobenstr. 8. F. Liockfeldt, Wasserstr. 3. A. Bergmann, Frobenstr. 19. O. Münch, Heinrich-Platz 1. O. Mohls, Neue Bergstraße 3a. — Briefe und Anfragen sind zu richten an O. Grieben, Bergstraße 12. (368/18)
Die Mitglieder des Wahlkomitees sowie A. Schröder, Adamstr. 4a, sind auch bereit, die Wählerlisten einzusehen, und ersuchen die Genossen, die verhindert sind die Wählerlisten einzusehen zu können, dringend, sich an vorgenannte Genossen zu wenden.

Achtung!
Der Dachdecker 359/4
Charles Kaufmann,
Fehrbellinerstraße 31,
wird hierdurch im Namen des Verbandes der vereinigten Dachdecker und verw. Berufsgenossen Deutschlands laut Beschluss des Zentralvorstandes öffentlich aufgefordert, seinen Verpflichtungen als früherer Zentralkassierer der genannten Vereinigung gegenüber, vom 18. Mai d. J. ab binnen drei Tagen nachzukommen. Im Nichtbeachtungsfalle steht der strafrechtlichen Verfolgung nichts mehr im Wege.
Sämtliche Kassen und Gelder sind an den Unterzeichneten abzuliefern.
Die mit der Regelung dieser Sache betraute Kommission.
Im Auftrage: Hermann Precht, NO., Barnimstraße 47, 4 Tr.

Roh-Tabak A. Goldschmidt, 8906L.

am hiesigen Plage wie bekannt grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Zur Reichstagswahl 1893 (4169L)
empfehle ich zur Anfertigung von Flugblättern und Stimmzetteln, sowie Marken zum Wahlsond, die
Druckerei von Conrad Müller in Sakhenditz-Leipzig.



Die in der ganzen Welt rühmlichst bekannte 4181L.
„Helm-Putzpomade“
ist nur unser Erzeugnis. Dosen mit anderen Helmen und nicht mit unserer Firma weisen man als werthlose Nachahmungen zurück.
Größtes Lager Berlins
Kinderwagen, Andreasstr. 23. Dv

Arbeitsmarkt.
50 tücht. Korbmacher verlangt bei Rudolph, Krautstr. 6. (106)
Schriftsetzer
sucht Stellung bei einer arbeiterfreundl. Zeitung, wo ihm Gelegenheit gegeben ist, sich zum Redaktionsgehilfen auszubilden. Off. unt. D. S. bef. d. Exp. dieses Blattes.
Tüchtige Jalouse-Anschläger verl. Max Körner, Fehrbellinerstr. 49. (135)

1. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Grosse Wähler-Versammlung

am Freitag, den 19. Mai, Abends 8 1/2 Uhr,
in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße Nr. 20.
Tagesordnung:
Die bevorstehenden Reichstags-Wahlen.
Referent: Reichstags-Kandidat August Täterow. 343/11

4. Wahlkreis. 349/12

3 öffentliche Wählerversammlungen
am Donnerstag, den 18. Mai, Abends 8 Uhr:
für den Osten bei Joël, Andreasstr. 21;
für den Südosten bei Schmidt, Waldemarstr. 75 und Urania, Wrangelstr. 9—10.
Tagesordnung in allen drei Versammlungen:
1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. 2. Diskussion.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Das Komitee.

Große öffentliche Versammlung
der Arbeiter und Arbeiterinnen
in Zuderwaren-, Schokoladen-Fabriken und Konditoreien
Donnerstag, den 18. Mai, Abends 8 Uhr,
Annenstraße Nr. 16, bei Ehrenberg, Annenstraße Nr. 16.
Tagesordnung:
1. Die Arbeiterin in unserer Branche und was hat sie zu thun?
Referentin: Frl. O. Baader. 2. Diskussion. 3. Kassenbericht und Neuwahl der Agitationskommission. 4. Verschiedenes.
Die Agitationskommission. 96/8

Achtung, Stellmacher!
Große öffentliche
Versammlung sämtlicher Stellmacher
Berlins und Umgegend
am Freitag, den 19. Mai 1893, Abends 8 1/2 Uhr,
in Fey's Salon, Brunnenstr. 184.
Tagesordnung: 1. Wie stellen sich die arbeitenden Kollegen zum Arbeitsnachweis und welche Mittel sind zu ergreifen, um den Kampf siegreich durchzuführen? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 285/4
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Kommission.

Ethische Gesellschaft.
Montag, den 22. Mai (2. Feiertag):
Ausflug nach Friedrichshagen - Grünau,
verbunden mit Waldvergnügen (Gahnen schlagen, Wettrennen u. s. w.)
Nachdem, Abends, Andreasstr. 21, bei Joël: Gesellschaftsbeisammensein und Tanz. — Genossen und Genossinnen als Teilnehmer herzlich willkommen.
Abfahrt Schleifischer Bahnhof morgens 8 Uhr. 141/19

Charlottenburg.
Am Sonntag, den 21. Mai cr. (1. Pfingstfeiertag), im Lokale des Gambrius-Brauerei, Wallstr. 46 u. Bismarckstr. 23:
Großes

Vokal- u. Instrumental-Frühkonzert
veranstaltet vom Gesangsverein „Lyra“ (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes),
unter Leitung seines Dirigenten Herrn Primmel.
Entree à Person 20 Pf. 158/16 Entree à Person 20 Pf.

Th. Keller's Hofjäger, Hasenhaide.
Dienstag, den 23. Mai (3. Pfingstfeiertag):
Grosses Früh-Concert verbunden mit Früh-Ball
arrangirt vom Vergnügungskomitee des
Beerdigungs-Vereins Berliner Zimmerleute,
wozu die geehrten Damen und Herren gütlich eingeladen werden recht zahlreich zu erscheinen. Anfang Morgens 6 Uhr. Ende Mittags 1 Uhr. Den geehrten Damen ist die Kaffeeküche von 6 Uhr an geöffnet. Programms à 15 Pf. sind an der Kasse zu haben.
J. A.: August Klebb, Mariendorferstr. 2.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
Berlin SW., Gruthstraße 2.
Soeben erschien: 401/6
Hef 43
der
Reden und Schriften Ferd. Lassalle's
(Vollständig in ca. 50 Hefen à 20 Pf.)
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Zeitungsbedeure und Kolporteurs entgegen.

Damenhüte! Kinderhüte!
garnirt und ungarnt in größter Auswahl
zu außergewöhnlich billigen Preisen empfiehlt (4104L)
Th. Gabor, Oranienstr. 204,
zwischen Heinrichsplatz und Manteuffelstrasse.

Guter Langenjalza'er Kautabak
von Gebrüder Adler.
31062
Zu haben in den meisten Tabakhandlungen Berlins und Umgegend.
Cigarren-Engros-Lager in den Preislagern von Nr. 25, — bis Nr. 100, —
Haupt-Niederlage: Jüdenstrasse 20.

Parteinachrichten.

Aufruf an alle Parteigenossen

im Wittenberg-Schweinitzer Reichstags-Wahlkreis.

Parteigenossen! Hiermit fordere ich Euch auf, ungefährmt Eure Adresse an den Genossen Robert Klose in Herzberg einzufügen, damit wir beizeiten eine zielbewusste, planmäßige Agitation ins Werk setzen können.

Otto Gresse, Arndtstr. 17, v. 8 Tr.

Die Sozialdemokratie Ostpreußens hielt am 14. Mai in Königsberg im Lokal des bisherigen Reichstags-Abgeordneten Schulze einen Parteitag ab, der aus Königsberg von 20 Delegierten und 3 Delegierten und auch von Genossen aus den Wahlkreisen Rempel-Heidekrug, Rastenburg-Friedland, Tilsit, Jasterburg-Gumbinnen, Stallupönen-Goldap und Vgl. Johannisburg besucht war, während vor drei Jahren außer Königsberg nur ein einziger Wahlkreis vertreten gewesen ist. In der Vormittags-Sitzung gab Schulze zunächst einen Bericht über die gegenwärtige Situation im allgemeinen und dann über die Parteiverhältnisse im Königsberger Wahlkreis. Redner wies auf die großen Schwierigkeiten in der Agitation hin, daß es unmöglich wäre, Säle zu Versammlungen oder Festlichkeiten zu erhalten, und daß nach jeder Richtung hin unserer Partei die größten Schwierigkeiten in den Weg gelegt würden. Trotzdem sei der Geist unter den Genossen ein sehr guter und die Partei den übrigen Parteien gegenüber eine Achtung gebietende Macht. Gleichartige Berichte wurden aus den übrigen Kreisen erstattet. Nirgends giebt es Säle. Ueberall ist der Druck seitens der Behörden ein großer, trotzdem schreitet die Bewegung stetig vorwärts. Namentlich die Landbevölkerung bringt unseren Ideen große Sympathie entgegen, nur ist es für sie wegen der großen Abhängigkeit und Ueberwachung sehr schwer, bei der Wahl ihre Stimmen einem Sozialdemokraten zu geben. Ein fester und größerer Kreis von Genossen ist in den letzten Jahren namentlich in Tilsit, dann in Rempel und auch in Bartenstein, Gumbinnen und Jasterburg geschaffen worden. Ueberall gewinnt die Partei an Ausdehnung. Zu Kandidaten für den Reichstag wurden vom Parteitage den einzelnen Kreisen folgende Parteigenossen empfohlen: für Rempel-Heidekrug: Tischler Lorenz-Königsberg, für Tilsit: Partikulier Schmidt-Königsberg oder Lorenz, für Rastenburg-Friedland und Vgl. Johannisburg: Gutbesitzer Ehardt-Rommooren und für die beiden Königsberger Wahlkreise (den Stadt- und den Landkreis) sowie sämtliche übrige Kreise der Provinz Ostpreußen: Carl Schulze-Königsberg. Aus finanziellen und agitatorischen Gründen nahm man davon Abstand, für alle Kreise eigene Kandidaten aufzustellen. In der Nachmittags-Sitzung kam zunächst die Zeitungsfrage zur Verhandlung. Es wurde hauptsächlich betont, daß für Ostpreußen ein Blatt unbedingt notwendig sei und ein solches in der Provinz selbst hergestellt werden müsse. Nach einer kurzen Debatte wurde folgende Resolution angenommen: Der heutige Provinzial-Parteitag spricht sein Bedauern darüber aus, daß der Parteivorstand entgegen dem Wunsche der Königsberger Genossen ein in Berlin hergestelltes wöchentlich dreimal erscheinendes Blatt für die östlichen Provinzen geschaffen hat. Der Parteitag hält es für unbedingt notwendig, daß der Parteivorstand, den Beschlüssen des Berliner Parteitages gemäß, für Ostpreußen ein in Königsberg herauszuführendes sechs Mal wöchentlich erscheinendes Organ in Verbindung mit einem Wochenblatt für die Provinz gründet, und spricht die Erwartung aus, daß der Parteivorstand die Gründung ohne Verzug in Angriff nimmt. Ferner wurde die Nothwendigkeit der gesellschafterlichen Organisation, sowie der Frauenbewegung hervorgehoben, außerdem die Nothwendigkeit der Gründung von Wahlvereinen betont und dann empfohlen, mit der Wahl von Vertrauenspersonen dort vorzugehen, wo dies noch nicht geschehen sei. Endlich wurde zu regerer Sammlung aufgefordert, worauf folgende Resolution zur Annahme gelangte: Der Parteitag beschließt, um die Agitation in der Provinz bei der Wahl thätigst führen zu können, daß die Genossen der einzelnen Wahlkreise in der Provinz dafür Sorge tragen, daß das gewählte Provinzial-Wahlkomitee in jeder Weise, besonders pekuniär unterstützt wird, und es empfiehlt sich deshalb, daß das Komitee zu diesem Zwecke Listen oder Bous herausgibt, um die nöthigen Mittel aufzubringen zu können. In das Provinzial-Wahlkomitee wurden die Genossen Schulze, Traun, Krüger aus Königsberg gewählt. Stehend sang man Schluß die ganze Versammlung die beiden ersten Verse der Marzailaise, worauf der Parteitag mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie beendet wurde.

Die Parteikonferenz für den 1. hessischen Reichstags-Wahlkreis, die am 7. Mai in Kinteln abgehalten wurde, sprach sich für planmäßige Agitation aus und wählte hierzu eine siebenköpfige Kommission, der die Genossen Schwarz, Kinteln, Gattendorf, Oldendorf, Nabrhold, Hofenthal, Drost, Lidwegen, Starke, Kinteln, Niehoff, Hannover und Ober-Calschafen angehören. Ferner wurde die Errichtung eines Wahlvereins für den Kreis Kinteln beschlossen, dessen Aufgaben Niehoff in längerer Rede schilderte. Aus den Berichten der Delegierten ist hervorzuheben, daß die Polizei und die übrigen Gegner ihr mögliches thun, um uns das Wasser abzugraben. So haben in Oldendorf seit vorigen Herbst drei Versammlungen (mit Niehoff als Referenten) stattgefunden, die sämtlich aufgelöst wurden, darunter eine wegen - Bismard-beldigung. Die Beschwerde gegen diese Auflösung war bereits von Erfolg. Aber Versammlungsorte sind seit dieser Zeit nicht wieder zu bekommen gewesen, weshalb die Versammlungen im Freien abgehalten werden müssen. Ähnlich ist's in anderen Orten. In Kinteln verbietet man den Frauen den Zutritt zu öffentlichen Versammlungen. Beschwerde dagegen ist erhoben. An die Parteikonferenz schloß sich eine Volksversammlung an, in der Niehoff über die Bedeutung des 1. Mai sprach. Das Versammlungslokal war überfüllt. Viele mußten wegen Platzmangels wieder umkehren. Die anwesenden Gegner versuchten, das Bureau in ihre Hände zu bringen. Ihr Vorschlag, den Oberamtmann Rode zum Vorsitzenden zu wählen, fand aber keine Gegenliebe, sondern dies Amt wurde dem Sozialdemokraten Schwarz übertragen. Niehoff hielt hierauf ein zweifelhafte Referat und erntete dafür reichen Beifall. In der Diskussion verfuhr der Vorsitzende des antisemitischen Jugendbundes, den Reichstagsabgeordneter Bismard von der Emser Depeschengeschichte reinzuwaschen, was natürlich ebenfalls mißglückte; dann traten noch zwei Gegner, ein Oberlieutenant und ein Professor auf den Plan, um die Ausführungen des Referenten zu widerlegen. Sie hatten kein größer Glück als der Antisemit. Die Genossen J. Bombeck und A. Niehoff bewiesen ihnen, daß das im Referat Gesagte zutrifft. Da die Rede auch auf den „Zukunftstaat“ gekommen war, beschloß die Versammlung auf Antrag Niehoff's, zur Erörterung dieser von den Gegnern angeregten Frage eine Versammlung einzuberufen. Vor einer neuen Volksversammlung über ihre Phantasieansichten Rede und Antwort stehen zu müssen, scheu aber gerade die Gegner nicht gehauer, die den „Zukunftstaat“ auf's Tapet gebracht hatten. Es stimmten gegen den Niehoff'schen Antrag. Zum Schluß der Versammlung

empfehl der Vorsitzende Schwarz das Abonnement auf das „Volksblatt für Hessen und Waldeck“ und ersuchte dann die Anwesenden, sich bei der Reichstagswahl nicht als Stimmwähler dazustellen, sondern die Reichstagswahl nur Schacher- und Interessenpolitik betreiben, sondern diesen Leuten und Parteien den Rücken zu wenden und dafür die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei zu wählen, die allein von allen Parteien ehrlich, energisch und furchtlos für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung eintritt.

Aus Ebersfeld wird uns berichtet: Nachdem bereits am vergangenen Sonntag in Barmen eine große Volksversammlung unserer bisherigen Vertreter Fr. Harm einstimmig zum Kandidaten für das Wuppertal wieder gewählt hat, fand hier gestern im großen Saale des Johannisberg eine von über 2000 Personen besuchte Volksversammlung statt, die sich ebenfalls mit der Kandidatenfrage befaßte und nach einem Referate unseres Genossen Harm über die letzte Thätigkeit des Deutschen Reichstags folgende Resolution einstimmig annahm: „Die heute auf dem Johannisberg tagende, von über 2000 Personen besuchte Volksversammlung erklärt sich mit der Thätigkeit des bisherigen Abgeordneten Friedr. Harm im Reichstags einverstanden und verspricht mit aller Kraft in den Wahlkampf einzutreten, um unserem Kandidaten Friedr. Harm im ersten Wahlgange mit großer Majorität zum Siege zu verhelfen.“ Hierdurch ist unser altbewährter Genosse Friedr. Harm wieder zum Kandidaten für den Wahlkreis Barmen-Ebersfeld ernannt. Die Stimmung in unserem Kreise ist sehr gut. Wir können auf einen bedeutenden Stimmenzuwachs rechnen. Unsere Gegner sind eben daran, einen allgemeinen Nischmatsch zu bilden, und wollen einen „Arbeiter aus dem Mittelstand“ als Kandidaten aufstellen, um die Sozialdemokratie im Wuppertal zu zerschmettern. Wenn dieses nicht zieht, zieht gar nichts mehr. Die klassenbewußten Arbeiter des Wuppertales werden aber auf dem Posten sein, sich durch keinen Wahlschwindel irre machen lassen und den gesammten Gegnern am 15. Juni die richtige Antwort geben, indem sie für Friedrich Harm stimmen.

Auch in Schwelm im Wahlkreise Hagen, den Eugen Richter bisher im Reichstags vertrat, sind die Sozialdemokraten guten Muths in die Wahlbewegung eingetreten. Bereits drei Tage nach der Auflösung des Reichstags fand dort eine gut besuchte Wählerversammlung statt, in der der Kandidat unserer Partei, Ernst Breil, über die gegenwärtige Situation sprach. Der starke Beifall, den er erhielt, lieferte einen sinnesmäßigen Beweis dafür, daß es um die Chancen des Papas der Spar-Agnes in Schwelm nichts weniger als glänzend steht, obwohl der Wahlkreis Hagen mit Exemplaren der Richter'schen „Zukunftsbilder“ ganz besonders überschwemmt worden ist.

Die Harburger Parteigenossen haben in einer stark besuchten Volksversammlung, in der der Kandidat Heinrich Baerer die Reichstags-Wahlbewegung durch ein mit großem Beifall aufgenommenes Referat einleitete, mit allen gegen eine Stimme den Beschluß gefaßt, daß am 15. Juni, dem Tage der Wahl, überall da nicht gearbeitet werden soll, wo Maßregelungen der Arbeiter nicht zu befürchten sind.

Der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ veröffentlicht in der letzten Sonntagnummer einen Leitartikel, betitelt „Das allgemeine Wahlrecht in Gefahr“, worin es heißt: „Der „Korrespondent“ hat vor Jahrzehnten das gleiche Wahlrecht erlängten helfen; unermüdlich forderte er es bereits zu einer Zeit, wo man das Volk noch als unmündig behandelte, wo man die Arbeiterblätter an den Fingern herzählte. ... Jetzt, wo eine wirkliche Gefahr für das allerhöchste und wichtigste Recht der Arbeiter im Anzuge, drängt sich dem alten Verfechter dieses Rechtes wieder ein hinweisendes Wort an seine Freunde auf die Lippen. Mit der Verwässerung oder Wegschaffung des allgemeinen gleichen Wahlrechtes würde Deutschland zu einer politischen Wüste. Die Vertretung der Arbeiter, heute die belebende Kraft, würde zur Wirkungslosigkeit demüthigt, abgesehen davon, daß die Aussicht, die Wehrheit der Nation, also das werththätige Volk durch eine Mehrheitspartei die Fägel der Regierung in die Hand nehmen zu sehen, auf unabsehbare Zeit verschwände. Der Reichstag sänke zu einer reinen Interessensvertretung der bevorrechtigten Klassen herab. Die völlige Abtödtung des Koalitionsrechtes, der Stillstand, ja die Zurückschraubung der Arbeiterguth-Gesetzgebung, Vernehmlichungsgefesse gegen die Arbeiter, die Verhinderung der Vereinst- und Versammlungsfreiheit — das etwa wären die allernächsten Verrichtungen eines von Arbeiter-Abgeordneten unbelästigten Reichstages. Die übrige, vorzugsweise das gemeine Volk mit Steuern zc. belastende Gesetzgebungs-Thätigkeit einer solchen „Volksvertretung“ braucht nicht des weiteren ausgemalt zu werden, in einzelnen Staaten des Reiches, im Auslande, so in Oesterreich und Belgien finden wir abschreckende Beispiele mehr als genug. Daß das Unternehmertum ein so ganz keine Wünsche befriedigendes Parlament sehnlichst herbeiwünscht, darüber herrscht bei unseren Lesern schwerlich ein Zweifel. ... Der Hört des allgemeinen gleichen Wahlrechtes ist nur das Volk selbst, sind die Arbeiter. Sie müssen scharfe Wacht halten und sich rühren. Noch frisch ist in unserer aller Erinnerung, wie muster-giltig und aufopfernd die belgischen Arbeiter zur Erringung desjenigen eingetreten sind, was bei uns jetzt in Gefahr: das allgemeine Wahlrecht. Uns wird es jetzt noch leichter, das im Weste belindliche Gut zu verteidigen als wenn wir es später erst sollten wiedererringen müssen. Wir können es bewahren und sichern dadurch, daß wir für einen volksfreundlichen Ausfall der gegenwärtigen Reichstagswahl sorgen. Dazu gehört pekuniäre und persönliche Opferrendigkeit bis zum 15. Juni, dem Tage der Wahl! Dazu gehört, daß wir nicht nur selbst unsere Stimmen nur Männern geben, die die Sache des Volkes und des allgemeinen Wahlrechtes hochhalten und Würgen sind, sondern daß wir auch dafür sorgen, daß unsere Verwandten, Freunde und Bekannten das gleiche thun; daß wir uns um die Vorgänge während der Wahlbewegung kümmern, um dem Volke, sofern man es wieder belügen will, klaren Wein einschenken zu können.“

Aus Oberhausen (Rheinland) wird uns geschrieben: Am 14. Mai fand hier eine Volksversammlung statt, die von circa 1000 Personen besucht war. Harm aus Ebersfeld referierte über die Auflösung des Reichstages und die Lage der arbeitenden Klassen. Das Referat wurde nicht im geringsten gestört und erfreute sich allgemeinem Beifalle, was um so mehr zu beachten ist, als hier in Oberhausen die Arbeiter unter dem Druck des Passenthums außerordentlich zu leiden haben, überhaupt die erste Versammlung vom Podium aus gesprochen sollte. Bei der allgemeinen Auf: „Auf die Bühne!“ veranlaßte die Polizei, die Versammlung — wegen Unruhe aufzulösen!! Die Leute trennten sich, hatten aber den Wunsch, den Antisemiten doch reden zu hören, und aus diesem Grunde fuhren die Genossen in corporo

nach Mülheim (Ruhr) um der dort angekündigten Antisemiten-Wahlversammlung beizuwohnen. Der große Saal dafelbst war bis auf den letzten Platz gefüllt. Als die Versammlung, der Pastor J. Kraut beivohnte, eröffnet war, verlangten die Sozialisten Bureauwahl. Da kamen sie aber schon an. Die Herren erklärten zwar, daß sie sich nicht fürchteten, das Bureau aus den Händen zu geben, doch ließ der Antisemiten-Kandidat darüber abstimmen, ob man einen anständigen Verlauf der Versammlung wünsche oder nicht. Natürlich sollte hiergegen niemand stimmen, doch dauerten die Rufe „Bureauwahl!“ fort. Das war für die „Helden“ zu viel: „Naus, raus, raus“, dröhnte es durch den Saal, und die sozialistische Minorität wurde umgezogen und hinausgedrängt. Damit nicht genug, griffen die Jüglinge J. Kraut zu Stöcken, Stühlen und Kerzen und hieben auf die Sozialisten ein, so daß 5 Mann blutüberströmt hinfanken. Wie ein Hohn klang es, daß während unsere Leute ihren Genossen die Wunden kühlten und verbanden, drinnen im Saal Hochrufe auf den Kaiser ertönten sowie das Lied „Gott Dir im Siegerkranz.“

Soweit der Bericht. Was unseren Parteigenossen Schlimmes widerfuhr, wird ihnen natürlich selbst unter anständigen Segnern Theilnahme erwecken. Wer sich aber in die Gesellschaft von Antisemiten und J. Krautianern begiebt, muß auch leider riskiren, daß er unter Umständen nur mit zerbrochenen Knochen wieder herauskommt. Man kann von Ripeln nicht gut: Sitte verlangen. Jedenfalls haben Sozialdemokraten Geschickeres zu thun, als den elenden Quatsch der Antisemiten und des J. Kraut anzuhören. Was das Verhalten der Polizei anbelangt, so kritisiert es sich selbst. Jedes weitere Wort über sie wäre Zeitverschwendung.

Die Opposition gegen die jetzige Leitung der ungarischen Sozialdemokratie hat in Budapest nicht gegen die Arbeiterruhe am 1. Mai agitirt, sondern ist, wie man uns schreibt, nur dafür gewesen, daß lediglich diejenigen Parteigenossen die Arbeit am 1. Mai ruhen lassen sollten, die keine Maßregelung zu befürchten hatten. Grund hierzu war die Erwägung, daß nicht genug Mittel vorhanden sein würden, um die Gemäßigten zu unterstützen. Die ungarische Opposition, theilt man uns ferner mit, hat mit den sogenannten „Oppositionen“ in Deutschland und Oesterreich nichts zu thun.

Der Stadtrath von Klado in Böhmen empfahl den Kaufleuten und Gewerbetreibenden, sich am 1. Mai gerade so zu verhalten, wie an anderen hohen Festtagen. Die Bezirkshauptmannschaft von Smichov hob diese Verfügung auf. Nichtsdestoweniger wurde der Rath der Stadtverwaltung befolgt und der 1. Mai in Klado auch durch Schließung der Geschäfte gefeiert.

Todtenliste der Partei. In Zeulentoda verstarb am 11. Mai der treubewährte Parteigenosse Karl Schaller im 72. Lebensjahre. Er hatte schon an der 48er Bewegung theilgenommen, wo er bei der Bürgergarde zum Lieutenant befördert wurde, blieb aber nicht auf dem damaligen Standpunkte stehen, sondern entwickelte sich weiter und schloß sich demgemäß der Sozialdemokratie sofort nach ihrer Errichtung an. Wir verlieren in ihm einen wackeren Kämpfer für die Befreiung des Proletariats. In Reisse wurde am 11. Mai die erste dortige Genossin, die Frau des Tischlers Reumann, zur letzten Ruhe beisetzt. Zahlreiche Genossen gaben ihr das Grabesleit. In Manheim starb der Schlosser J. Schelling, 48 Jahre alt. Er war ein treuer Parteigenosse.

Lokales.

An die Wähler des 1. Berliner Reichstags-Wahlkreises. Es ist Pflicht jedes Wählers, sich durch Einsicht in die Wählerliste davon zu überzeugen, daß sein Name in der Liste steht. Die Wählerlisten liegen vom 18. Mai d. J. an den Wochentagen von Vormittags 9 bis Nachmittags 8 Uhr und an den beiden Pfingstfeiertagen von 12-5 Uhr Nachmittags aus. Die Auslegung erfolgt im städtischen Wahlbureau, Poststr. 16, 2 Tr., und gleichzeitig an den nachstehend bezeichneten Orten:

- für den 1. Wahlkreis, umfassend die Stadtbezirke 1-20, 283 und 284 und vom Stadtbezirk 144: Kl. Kurstr. 9, Niederwallstr. 24 und 25 und Spittelmarkt 14 und 14a; mit Ausschluß von Alexanderstr. 18 (Stadtbezirk 3), Kl. Präsidentenstr. 6 und 7 und Neue Promenade 9 und 10 (Stadtbezirk 5) in der Turnhalle der 21./24. Gemeindegemeinschaft, Hinter der Garnisonkirche 2.
- Für die Wähler, welche behindert sind, selbst in die Wählerlisten einzusehen, haben sich nachstehende Genossen bereit erklärt, dieses zu besorgen: Für die Stadtbezirke 1-5: Restaurateur Bernau, Rosenstraße 30, Restaurateur Salzweil, Klosterstr. 83, Restaurateur Ruffow, Stralauerstr. 10. Für die Stadtbezirke 6-9: Restaurateur Wilt, Thierbach, Friedrichsgracht 16, Restaurateur Rudolf Sommer, Grünstr. 21. Für die Stadtbezirke 10-13: Restaurateur Stockfisch, Holzgartenstr. 5. Für die Stadtbezirke 17-20: Restaurateur Seidenhüder, Jäger- und Kanonenstrahlen-Gäßchen, Restaurateur Langfeld, Krausenstr. 9. Für die Stadtbezirke 283 bis 284: Restaurateur Wendt, Claudiusstr. 12.

Bersäume kein Wähler, sich in die Listen eintragen zu lassen. Freitag, den 19. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, große Wähler-versammlung in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20. Tagesordnung: Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Ref.: Reichstagskandidat August Tasterow.

Arbeiter! Parteigenossen! Es giebt viele Wirthe, insbesondere auf dem Lande, die zwar das Geld der Arbeiter gern nehmen, aber auch jetzt im Wahlkampf ihre Lokale zu politischen Versammlungen der Arbeiter nicht hergeben. Zeigt — insbesondere auch Ihr, Berliner Parteigenossen — diesen Wirthen, daß Ihr nicht nur während des Wahlkampfes, sondern den ganzen Sommer hindurch solange deren Lokale meidet, bis sie ihre Lokale zu Arbeiterversammlungen hergeben. Führt die dahin oft gefaßten Beschlüsse aus. Ein Arbeiter, der ein Lokal besucht, dessen Saal für politische Versammlungen der Arbeiter verschlossen ist, schädigt seine, schädigt die Interessen der Arbeiterklasse.

Fortan werden diejenigen Lokale, die ihren Saal herzugeben sich auch nach Ausschreibung der Wahlen geweigert haben, sofort nach Mittheilung der Namen durch die Wahlkomitees veröffentlicht werden. Den Reigen der List eröffnen wir mit den Ortschaften Mariendorf, Tempelhof und Tegel. In diesen Orten ist kein Saal für Arbeiter-Versammlungen zu haben. Wer besitzt ein Lokal mit Saal? In Mariendorf: Wittwe Schenck, Feldstraße. Kar. Saal, Chausseestraße. In Tempelhof: Teichert, Berlinerstr. 80, Tillman (Banghammer) Berlinerstr. 83. In Tegel: Schulz.

Welcher Wirth hält eine Arbeiterzeitung?
In Mariendorf: Hilgert, Adlerstr. Rodel, Chausseest.
Wittne Stolzenberg, Chausseest. Schramm, Dorfstr.
In Tempelhof: Dube, Dorfstr. 29. Fischer, Becklerstr. 41.
Gerth, Dorfstr. 10. Weidler, Ringbahnstraße 58. Weisenberg,
Schönebergweg 1.
Parteigenossen! Fragt auf dem Lande überall bei
den Wirthen an, ob sie ihre Säle zu Versammlungen hergeben
wollen, theilt das Ergebnis Eurer Anfragen den Lokalkommissionen
und den Wahlkomitees sofort mit, damit diese uns in den
Stand setzen, die vorstehende Liste noch vor Pfingsten ge-
händig zu erweitern.

Im Cälothen haben sich noch die folgenden Genossen zur
Einsichtnahme der Wählerlisten bereit erklärt:
Christian Seyer, Oranienstr. 202.
Benno Stabernack, Pflaferstr. 49.

Die Nizdorer Gewerkschafts-Organisationen werden
hiermit aufgefordert, die Vereinthätigkeit auf das Nothwendigste
zu beschränken und ihre Kräfte dem unterzeichneten Komitee zur
Verfügung zu stellen. Gleichzeitig richten wir an diejenigen Ge-
nossen, welche selber nicht in der Lage sind, die Wählerlisten
nachzusehen, sich in einem der nachstehenden Lokale zu melden:
Wirtling's Lokal, Knefbeckstraße, Duschek's Lokal, Bergstr. 7,
Badings Lokal, Berg- u. Thomastr. Ecke 4, in der Jäger-
handlung von L. Herrmann, Richardsplatz. Vom Sonnabend,
den 20. Mai, an wird jeden Abend von 8-10 Uhr ein Komitee-
mitglied anwesend sein. Das Wahlkomitee.

Wähler Friedrichsbergs! Außer den gestern bekannt
gegebenen beiden Genossen hat sich auch Oskar Schulz, Friedrichs-
bergs, 34, bereit erklärt, für diejenigen Wähler, denen es an
der erforderlichen Zeit mangelt, die Wählerlisten einzusehen.

Wer gestiftet ist, am 1. Pfingstfeiertag Flugblätter
zu verbreiten, möge sich von 5 Uhr Morgens an bei dem Ver-
trauensmann von Friedrichsberg, Friedrichs-Karlstr. 34, melden.

Die Parteigenossen und Genossinnen von Nieder-
barnim werden hiermit sämmtlich aufgefordert, am nächsten
Sonntag früh zwecks Verbreitung eines Flugblattes sich
an ihren Vertrauensmann zu wenden, der ihnen das
Nähere unterbreiten wird. Beteiligungs-Akt ist Ehrenpflicht!
Auch werden die Parteigenossen aus dem 6. Berliner Wahlkreise
ersucht, uns soviel wie möglich durch Hilfskräfte zu unterstützen.
Das Komitee.

Die Maurer Wilhelm Cordoan und Johann Brod,
Lehterer Raunstr. 57 wohnhaft, theilen uns mit, daß ihnen der
Bauherr Wolf (Zenghofstraße) am Mittwoch die Abkehr gab,
weil sie sich für die Sammlung von Geldern für den Wahlfonds
in einer nahegelegenen Schankwirtschaft interessirten. Einer
ihrer Kollegen, der Maurer Friß Jaap, am 24. September 1893
zu Brihwald geboren, in Neuwiesense, Langhansstraße 136, als
Müchler wohnhaft, Soldat gewesen, veranlaßte die polizeiliche
Feststellung des Nationalis des Genossen Brod. Als Jaap von
Cordoan über diese Handlungsweise zur Rede gestellt worden
war, denunzierte Jaap die beiden beim Bauherrn als „Noth“
und die Folge war die Maßregelung.

Die Parteigenossen werden dem Manne, der auf diese Weise
zwei Familienväter brotlos machte, schon die genügende Würdigung
entgegen bringen.

Von den Stadtverordneten Meyer I, Dr. Stray, Dr.
Gerstenberg, Reich, Friederich, Dr. Leo, Dr. Schwalbe ist folgen-
der dringliche Antrag in der Stadtverordneten-Versammlung ein-
gebracht worden:

Die Versammlung ersucht den Magistrat um Auskunft, ob
der in den öffentlichen Blättern vom 16. Mai d. J. enthaltene
Bericht über die Unterhaltung der Delegirten der Vororte mit
dem Herrn Ober-Bürgermeister Jelle — betr. die Eingemeindung
der Vororte — auf Wahrheit beruht.

Unterstützung der Familien des Beurlaubtenstandes.
Den Ehefrauen jener Mannschaften des Beurlaubtenstandes, welche
laut Gefestigungsbefehl zu den demnächst stattfindenden Frühjahrs-
übungen eintreten müssen, mag hiermit zur Nachricht
dienen, daß die Abtheilung des Vereinigten Zentral-Bureaus, bei
welcher die gefestigten Ansprüche auf Unterstützung der Familien der
Eintretenden — ein Nachweis der Bedürftigkeit ist nicht zu
führen — angebracht werden müssen, sich nicht mehr im Rath-
hausa Zimmer 43, sondern in dem Hause Roltenmarkt 4, 1 Tr.
rechts, Eingang von der Stralauerstraße, befindet. Desgleichen
sei erwähnt, daß bei Anbringung der Gesuche um diese Unter-
stützung, gleichwohl ob dieselbe mündlich oder schriftlich geschieht,
die kanonischen Geburtsurkunden der ehelichen Kinder unter
15 Jahren eingereicht oder vorgelegt werden müssen. Die Aus-
zahlung der Unterstützung erfolgt erst am Tage nach dem Dienst-
antritt des Eintretenden, und zwar dann nur für die Tage bis
zum Schluß des Monats, nach dem ersten des neuen Monats
aber für die ganze Uebungsdauer, sofern der Eintretende sich
dann noch bei der Truppe befindet.

Polizeilich beschlagnahmt worden ist am Dienstag Abend
der von antisemitischer Seite herausgegebene „Politische Bilder-
bogen Nr. 8. Juden A B C.“

Selbstmordversuch eines Schülers. Vorgestern Abend gegen
9 Uhr schloß sich auf dem Kurfürstentplatz der 17 Jahre alte
Gymnasiast Guido R., Sohn eines in der Umgebung Berlins
wohnenden Ministerialbeamten, eine Kugel in die linke Brust.
Er hatte sich eine zweifelhafte Karzerstraße zugezogen und glaubte,
diese Schande nicht überleben zu können.

Zur Warnung. Im Humboldthain sind vorgestern Nach-
mittag zwei Frauen beim Abplüden von Fliedersträuchern von
einem dort stationirten Parkwächter betroffen und der Polizei
zur Feststellung ihrer Personalien übergeben worden. Sie haben
nun, um eines Objekts, das sie bei jedem Blumenhändler für
wenige Pfennige rechtmäßig erwerben konnten, ein hochnothpein-
liches Gerichtsverfahren wegen Diebstahls, bezw. vorfälliger Be-
schädigung öffentlicher Anlagen zu gewärtigen.

Durch die Unvorsichtigkeit eines Zigarettenrauchers kam
vorgestern, Dienstag Abend, ein Menschenleben in ernste Gefahr.
Um 7 Uhr Abends passirte eine ältere Dame, die ein kleines
Mädchen an der Hand führte, beim Wilhelmplatz die Wilhelm-
straße, als plötzlich die dort sitzenden Kindermädchen aus dem
Kleide der Frau eine Flamme ausfügen sahen. Im nächsten
Momente brannte auch das Kleid lichterloh. Die Frau erhob
nun ein marktschreierisches Geschrei, und wäre wahrscheinlich
auf offener Straße verbrannt, wenn nicht ein Droschkentreiber
die Geistesgegenwart besessen hätte, die brennende Frau zu
Boden zu werfen und mit zwei Pferdebeden die Flamme zu er-
löschen. Die an Händen und Füßen schwer verletzte Frau wurde
in ihre Wohnung gebracht. Es ist zweifellos, daß das Unglück
durch einen fortgeworfenen brennenden Zigarettenstummel herbei-
geführt wurde.

Der Mörder Friedrich Heine, der seiner Zeit der Wittve
Bermer in der Bergstraße mit einem Rasirmesser die Kehle durch-
schnitt, ist gestern als unheilbar gekrankter der Irrenanstalt in
Pankow überwiesen worden.

Aus einer Stirnwunde blutend und bewußlos wurde am
15. d. M. Abends der Kürschner Johann Mainz auf dem Bürger-
steige liegend aufgefunden und nach einem Krankenhause gebracht.
Dort wurde festgestellt, daß durch einen Messerstich das linke
Auge derart verletzt war, daß sich die Entfernung des Augapfels
als nöthig erwies. Der Verletzte konnte nur soviel angeben, daß

er vom Schlächter Adam, einem als gewaltthätig bekannten
Menschen, auf der Straße verfolgt, überfallen und gestochen
worden sei. Als Grund für die That ist zweifellos Eifersucht
anzusehen. Der Thäter hat bisher noch nicht festgenommen
werden können.

Reichbeladen sind Einbrecher abgezogen, die in der Nacht
zum Dienstag dem Handelsmann Schmidt, Mühlenstr. 50b, einen
Besuch abgestattet hatten. Außer der Summe von 129 M. in
Silber und 100 M. in Gold sind ihnen vier Sparkastenbächer,
und zwar über 1000 M. auf Peter Schmidt lautend, über 100 M.
auf denselben Namen in Leipzig ausgestellt, über 3500 M. auf
denselben in Thalheim ausgestellt und über 1000 M. auf die
Wittve Schmidt in Thalheim ausgestellt, in die Hände gefallen.
Die Nummern der Bücher können von den Geschädigten nicht
angegeben werden.

Am ganzen Leibe brennend wurde vorgestern Abend gegen
sieben Uhr die 38 Jahre alte Handschuhmacherfrau Hedwig Pohl,
geborene Klinko, in ihrer Spandauerstr. 78 belegenen Wohnung
betroffen. Durch unvorsichtiges Umgehen mit einer Petroleum-
lampe war diese explodirt und hatte die Kleider entzündet. Mit
sehr schweren Brandwunden am ganzen Körper wurde Frau
Pohl, nachdem ihr die Samariter der Feuerwehr einen Noth-
verband angelegt und Kognak eingespitzt hatten, der Charitee
eingeliefert.

Infolge der Hitze fiel am Dienstag, Vormittags 11 Uhr,
eine alte Frau am Mariannenplatz um und erlitt dabei schwere
Verletzungen am Kopfe. Sie wurde nach einer im Park befind-
lichen Bank geführt, wo sie sich einigermaßen erholt.

Polizeibericht. Am 16. d. Mts., Morgens, wurde ein
Polemiker in seiner Wohnung, in der Schönebergstraße, erhängt
vorgefunden. — Vor dem Hause Brunnenstr. 174 wurde Nach-
mittags ein Stellmacher durch einen Geschäftswagen, dessen Ge-
spann durchgegangen war, überfahren und am Fuße so schwer
verletzt, daß seine Ueberführung nach der Charitee erforderlich
wurde. — Beim Ueberfahren des Damms vor dem Hause
Mühlenstr. 31 gerieth ein Arbeiter unter die Räder eines Ge-
schäftswagens und erlitt eine bedeutende Quetschung des Ober-
schenfels. Er mußte nach dem Krankenhause am Friedrichsberg
gebracht werden. — An der Ecke der Straße Al-Moabit und
der Stromstraße wurde ein dreijähriges Mädchen durch einen
Wagen überfahren und am Unterschenkel bedeutend verletzt. —
Auf dem Kurfürstentplatz versuchte Abends ein Gymnasiast, sich
durch einen Revolverstich in den Unterleib zu tödten. Er wurde
nach der Charitee gebracht. — In der Wohnung des Handschuh-
machers Pohl, Spandauerstr. 78, explodirte eine auf dem Tische
stehende Petroleumlampe, hierbei fing die Kleider der Frau
Pohl Feuer, so daß sie schwere Brandwunden an der Brust und
an den Armen und Beinen erlitt. Sie mußte nach der Charitee
gebracht werden. Außerdem fanden im Laufe des Tages 3 kleine
Brände statt.

Gerichts-Zeitung.

Vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I
sind am 16. d. M. die Verhandlung gegen die Genossen Wih,
Hansen und Sillier statt.

Die Anklage lautet auf öffentliche Anreizung verschiedener
Bevölkerungsklassen zu Gewaltthätigkeiten gegen einander (§ 130
Str.-G.-B.). Das Vergehen soll durch die Verbreitung der episch-
dramatischen Dichtung: „Wilder aus der großen Revolution“ auf
dem Stiftungsfest der Arbeiter-Bildungsschule am 21. Januar 1893
begangen sein.

Vor Eintritt in die Verhandlung beantragt der Staats-
anwalt Ausschluß der Öffentlichkeit. Diesem Antrag widersprach
der Angeklagte Hansen, während der Verteidiger, Herr Rechts-
anwalt Somsensfeld, auf genaue Begründung des Antrages drang.
Dennoch beschloß der Gerichtshof den Ausschluß der Öffentlichkeit,
weil sich durch die Verlesung der intrinirten Gedichte bei vorhandener
Öffentlichkeit eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung, ins-
besondere der Staatssicherheit befürchten läßt.

Somit nach Beendigung der so „gefährlichen Verlesung“ be-
antragte der Verteidiger die Wiederherstellung der Öffentlich-
keit, da ja der Grund für den Ausschluß derselben fortgefallen
sei. Diesem Antrag mußte denn auch sofort stattgegeben werden.
Alsdann stellte es sich bald heraus, daß die Anklage Behauptun-
gen aufstellt, ohne für dieselben auch nur den geringsten
Beweis beizubringen.

Es enthält die Beschuldigung, daß die Gedichtsammlung
auf dem Stiftungsfest der Arbeiter-Bildungsschule verbreitet
worden sei, jeder Begründung.

Tagegen war es wieder der königl. Staatsanwaltschaft ganz
unbekannt, daß die Broschüre dem Verbands der Metallarbeiter
mit dem Rechte der dramatischen Aufführung und des Weiter-
verkaufs auf dem Vereinstage des Verbandes überlassen
worden war. Der Gerichtshof erkannte ohne weiteres an, daß
der Vertheilung der Gedichte an einen geschlossenen
Verein das Moment der Öffentlichkeit fehlt. Das
Gericht beschloß deshalb, der kgl. Staatsanwaltschaft die Straf-
akten zurückzustellen mit der Auflage, für die Behauptung der
Anklage, daß „öffentliche Anreizung“ vorliege, Beweismittel
zu schaffen. Auf weiteren Antrag der Verteidigung erließ
der Gerichtshof an die Staatsanwaltschaft die gleiche Anordnung
betreffend ihre bisher ebenfalls beweislos gelassene Behauptung,
daß Sillier Kenntniß von dem Inhalte der Druckschrift habe.

Prozess Paasch. Der am vorigen Mittwoch verlagte
Prozess gegen den Kaufmann Karl Paasch wegen Verleumdung
des Justizministers Dr. v. Schelling, der Geh. Legations-
rath Dr. Kayser und v. Eichhorn und hoher Beamten des
Auswärtigen Amtes, beschäftigte heute wieder die siebente Straf-
kammer hiesigen Landgerichts I. Den Vorh. führt Landgerichts-
Direktor Voigt, die Anklage vertritt Erster Staatsanwalt
Drescher, die Verteidigung führt Rechtsanwalt Dr. Hert-
wig. Vor Eintritt in die Verhandlung macht der Verteidiger
den Einwand der Unzuständigkeit des Gerichtshofes. Der
Angeklagte habe seit 1879 seinen festen Wohnsitz
in Leipzig und die hiesige Strafkammer sei zur
Urtheilung desselben nicht zuständig. Außerdem müsse
er beantragen, die vorliegende Strafsache mit der anderen Straf-
sache wegen Verleumdung des Herrn von Brandt zu verbinden. —
Der Vorsitzende macht auf die Entscheidungen des Reichsgerichts
aufmerksam, wonach als Ort der That bei Presserzeugnissen nicht
allein der Ort des Erscheinens der Broschüre, sondern auch jeder
zu erblicken ist, wo die beleidigende Broschüre verbreitet ist. —
Der Staatsanwalt stellt sich auf denselben Standpunkt
und erwähnt noch folgendes: Der Angeklagte habe aus
dem Gefängniß heraus einen Brief an den Landrath
v. Tief-Daber geschrieben, der wieder von unstatigen
Verleumdungen des Reichskanzlers v. Caprivi und des Justiz-
ministers v. Schelling wimmelte. Dieser Brief sei aus diesem
Grunde nicht abgehändelt worden. In demselben schreibe der An-
geklagte selbst, die übrigen Vappalien-Prozesse können ja separat
abgehändelt werden. Er besinne sich also in Uebereinstimmung
mit dem Angeklagten selbst, wenn er die Trennung der Anklage-
sachen beantrage. Nach kurzer Berathung lehnt der Gerichtshof
die beiden Anträge des Verteidigers ab. Hierauf er-
bittet sich Erster Staatsanwalt Drescher das Wort zur Er-
örterung der Frage, ob und inwieweit die Öffentlichkeit
auszuschließen sei. Er wünsche selbst, daß der Öffentlichkeit
der weiteste Spielraum gelassen werde, damit öffentlich kon-
statirt werden könne, daß an den Thatfachen, welche als ver-
leumderische Verleumdungen sich darstellen, auch nicht ein Zitelchen

wahr sei. Die Öffentlichkeit habe aber da ihre Grenzen, wo
eine Gefährdung der Sittlichkeit zu befürchten sei. Der Ange-
klagte habe in einem Punkte schwere Angriffe gegen den Justiz-
minister Dr. von Schelling erhoben, bei welchem er
denselben unstatigen Verhalten vorwarf. Der Ange-
klagte habe den Beweis der Wahrheit antreten. Aller-
dings habe sich auf Grund der Zeugenvernehmungen
auch bei diesem Punkte schon gezeigt, daß nicht eine Spur der
Vorwürfe begründet sei, da aber eine Gefährdung der Sittlichkeit
bei öffentlicher Verhandlung zu befürchten stehe, so bean-
trage er, bei diesem Punkte die Öffentlichkeit auszuschließen.
Der Verteidiger widerspricht dem Antrage. Der Staatsanwalt
fügte sich schon antecipando auf die Aussagen von Zeugen
und gebe schon von Anfang an kund, daß der Angeklagte
schuldig sei. Dies widerspreche den Grundätzen des Straf-
prozesses. Die Zeugen haben erst vor Gericht auszusagen, was sie
wissen oder nicht wissen. Er empfehle die Behandlung der
ganzen Sache in breiter Öffentlichkeit. Nach Artikel 4 der
Verfassung sei jeder Preuze vor dem Gesetze gleich und hier
könne es gar nicht darauf ankommen, ob es sich um einen ge-
wöhnlichen Sterblichen handele, oder um den Justizminister
Schelling. — Der Staatsanwalt protestirt gegen den Vorwurf,
daß er etwas Ungeschickliches vorbringe. Er habe doch sei en An-
trag auf Ausschluß der Öffentlichkeit begründen müssen. Der
Verteidiger brauche keine Sorge zu haben, daß bei der Verhand-
lung bei verschlossenen Thüren irgend etwas bemerkt
werden sollte. Er werde bis in die kleinste Falte hinein
nachweisen, daß der Angeklagte Unwahrheit gesagt habe. — Der
Gerichtshof beschließt, auch bei der Verhandlung der Verleumdung
des Justizministers von Schelling die Öffentlichkeit nicht auszu-
schließen, nachdem der Angeklagte versichert hatte, daß er nichts
vordringen werde, was der Sittlichkeit Schaden zufügen könnte.

Paasch hatte im Jahre 1890 eine Broschüre „Eine
jüdisch-deutsche Gesandtschaft und ihre Helfershelfer“ ver-
öffentlicht, in welcher er schwere Angriffe gegen den
kaiserlichen Gesandten in China von Brandt, mehrere
Beamte der Gesandtschaft und verschiedene Beamte des Aus-
wärtigen Amtes erhob. Das Strafverfahren wegen dieser Bro-
schüre schwebt bekanntlich noch. Als ihm das Strafverfahren in
dieser Angelegenheit zu lange dauerte, erließ der Angeklagte eine
„Protesteingabe an den Reichskanzler von Caprivi“, welche
schwere Verleumdungen des Justizministers v. Schelling,
der Geh. Legationsrath Dr. Kayser u. v. Eichhorn ent-
hält. Es werden u. A. gegen den Justizminister v. Schelling die
Beschuldigungen wiederholt, welche seiner Zeit der Stadt-
arzt Dr. Sternberg und dessen Frau gegen den
selben ausgesprochen hatte. Wegen dieser Schrift wurde
sowohl gegen Paasch als auch gegen die Zeitungsredakteure,
welche die Verleumdungen abgedruckt hatten, Strafantrag gestellt.
Redakteur Wellmann von der „Westfälischen Reform“ und Wauer
von der „Neuen Deutschen Zeitung“ wurden zu mehrmonatigen
Gefängnisstrafen verurtheilt. Da in diesen Prozessen durch die
eidliche Vernehmung des Justizministers von Schelling und der
Prostituirten Hedwida Kleinert die vollständige Unwahrheit jener
Vorwürfe gerichtlich festgestellt worden war, erklärte der Justiz-
minister, daß er nunmehr an der Verfolgung des Herrn Paasch
kein Interesse mehr habe und zog den Strafantrag gegen
diesen zurück. Die diesbezüglichen Aktenstücke sind dem An-
geklagten zugestellt worden. Trotzdem ihm nun bekannt war, daß
jene Vorwürfe im gerichtlichen Verfahren sich als falsch erwiesen
haben, hat Paasch im Februar 1893 die Broschüre mit ver-
ändertem Titel von neuem herausgegeben. Im Anschluß an die
Protesteingabe hat der Angeklagte im Februar 1893 in einigen
als Petitionen bezeichneten Druckschriften an den Reichstag, den
Landtag und die beiden Häuser des Landtags jene Verleumdungen
theils wiederholt, theils neue ausgesprochen. Diese Druckschriften
sind mit Wissen des Angeklagten durch antisemitische Agitatoren
im Wahlkreise Berent-Dr. Stargard, wo Paasch für den Reichs-
tag Kandidat, verbreitet worden. — Außer der Anklage wegen
verleumderischer Verleumdung hat sich der Angeklagte auch noch
zu verantworten, weil er eine mit Beschlag belegte Druckschrift
in Verlehr gesetzt hat. — Der Angeklagte erklärt, daß er zu der
Zeit, als ihm die Zurücknahme des Strafantrags bekannt wurde,
die Eingaben an den Reichstag u. s. w. schon vorbereitet
hatte. Er und eine große Anzahl von Personen setze nach al-
len Schicksalen, welche die Affäre der Hedwida Kleinert gehabt habe,
diese Angelegenheit noch immer als ziemlich dunkel an.

Die Petitionen des Angeklagten gelangen zur Verlesung.
Er behauptet darin, daß die Behörden seine Anklagesache betr.
die Broschüre „Eine jüdisch-deutsche Gesandtschaft“ absichtlich
verschleppen, in der Hoffnung, daß seine finanziellen und geistigen
Mittel sich endlich erschöpfen würden. Er schildert die Zustände
in Deutschland auf Grund seiner Probeverhandlungen als ganz un-
geheuerliche, die Verhältnisse im Auswärtigen Amt und anderen
Behörden für ganz korruptirt. Verschiedene Mitglieder
des Auswärtigen Amtes seine direkte „Richtschulbig“ des Herrn
von Brandt, das Ansehen des deutschen Beamtenthums müsse
durch derartige Personen herabgesetzt werden u. s. w. Dem
Minister v. Schelling wird vorgeworfen, daß er, wie sein Ver-
fahren im Prozeß Buschhoff, in dem Verfahren gegen den Stadt-
arzt A. D. Sternberg, gegen Alwardt, beweise, die Interessen des
Judenthums vertritt und es wird gebeten, ihn zur Abgabe seines
Ministerportefeuilles zu bewegen. Er beklagt sich schließlich über
die Willkür, die gegen ihn vollführt worden seien und über
angebliche Rechtsbeugung.

Zur Verlesung gelangen ferner einzelne Stellen aus der
„Protesteingabe“. Darin wird Protest erhoben gegen die Person
des Herrn v. Schelling wegen dessen „Antejedenzeiten“, wegen des
Verdachts, im Prozeß Buschhoff besprochen worden zu sein und
wegen seines Verkehrs mit Juden. Dem Geh. Legationsrath
v. Eichhorn, der ein Verwandter des Justizministers sei, wird
vorgeworfen, daß er nach dem Tode seines stark verschuldeten
Vaters einem Gläubiger den Ehrenschein seines Vaters auf eine
Weise abgenommen habe, die sich nicht mit den Begriffen von
Ehre bede.

Verlesen werden ferner Stellen aus der Broschüre „Die
kaiserliche deutsche Gesandtschaft in China“. Der Angeklagte be-
hauptet darin, daß seine Sache zu gunsten der Juden verschleppt
habe, daß man ihn in China zu gunsten der Juden zu berauben
versucht habe. Der Angeklagte sagt in dieser Broschüre, daß der
Gesandte jüdischer Herkunft v. Brandt selbst gesagt habe, Herr
von Reichröder sei der Alleinherrscher im Auswärtigen Amt.
Man wolle ihn ins Irrenhaus bringen, weil er den
Juden un bequem sei. Auch Geh. Legationsrath Dr. Kayser
wird beleidigt. Der Angeklagte erklärt in der Broschüre, daß er
es tragikomisch finde, daß ein leidhaftig Beschmittener und ver-
dächtigter Konvertit, der übrigens nachher noch eine Lotterie ein-
richtet, in der Reichstags-Sitzung vom 11. Februar 1891 die
ausschlaggebende Staatsgewalt gegenüber den Vertretern der
beiden christlichen Konfessionen vertritt, während er gleichzeitig
eine Apotheose des Schnapsgenusses als Kulturmittel in
Afrika hält.

Strafanträge liegen vor vom Reichskanzler, dem Legations-
rath v. Eichhorn und dem Justizminister v. Schelling.
Der Angeklagte behauptet, daß er in der Ausübung berechtigter
Interessen gehandelt habe. Er sei empört darüber gewesen, daß
in seinem Kampfe mit dem Gesandten v. Brandt sich der Justiz-
minister v. Schelling und das Auswärtige Amt sich zwischen ihm
und Herrn v. Brandt gestellt habe. Seine heftige Sprache
erkläre sich daraus, daß er die Erfahrung gemacht habe,
daß man unter den Verhältnissen, in welchen wir heute
leben, sich mit zarten Worten kein Gehör verschaffen
könne. Wenn er seinen Gegnern nicht in dieser Weise
die Pistole direkt auf die Brust setzte, dann müßte
er befürchten, daß er auch kein Recht finden würde, wie es anderen
Leuten auch schon ergangen sei.

Im Einzelnen verhandelt der Vorsitzende folgenden Punkt.
Der Angeklagte hat das Reichskanzleramt in folgender Weise be-

selbst: Er behauptet in seiner Schrift, daß ihm ein hoher Beamter gesagt habe, daß er sich nur in Acht nehmen solle. Man sei im Auswärtigen Amt durchaus nicht skrupulös. Man werde, ohne auf Recht und Gesetz zu achten, ihn eines Tages durch Willkür befehligen und entweder ins Gefängnis oder ins Zuchthaus bringen. Der Angeklagte hat auch, wahrheitsgemäß um zu erweisen, daß er diese Gefahr für dringend vorliegend erachtete, Vollmachten für den Reichstag, den Bundesrath und verschiedene Privatpersonen ausgestellt, für den Fall, daß ihm etwas Menschliches begegne.

Was die gegen den Legationsrath Dr. Kayser angewandten drei Schimpfwörter betrifft, so giebt der Angeklagte zu, daß die Ausdrücke nicht schön und sehr stark seien. Er habe aber gewissermaßen die Fensterscheiben eingeworfen, um ein Vorgehen gegen ihn zu veranlassen.

In Sachen der Anschuldigungen gegen Herrn v. Eichhorn erklärt der Angeklagte, daß er die Thatfachen bezüglich des Ehrenschleims von dem Oberlehrer Serres in Minden erfahren und sich genau an dessen Mittheilungen gehalten habe. Diese Sache sei ein ganzes Jahr unbeanstandet geblieben und er habe sie für wahr halten müssen. Ehe er die Geschichte in Druck gegeben, habe er das Manuscript zur Korrektur an den Dr. Serres in Minden geschickt. — Der Angeklagte spricht zu der Schrift seine Verwunderung aus, wie es möglich sei, daß Leute, welche in solcher Weise bloß gestellt worden, noch ferner im Amte bleiben können. Das sei selbst im korrupten Frankreich nicht möglich.

Zu diesem Falle wird der Oberlehrer Dr. Serres in Minden als Zeuge vernommen. Derselbe erklärt, daß sein Vater, der verstorbenen Rechnungsrath Serres, dem verstorbenen Regierungspräsidenten v. Eichhorn durch darlehensweise Vergabe von Geld aus großer Verlegenheit geholfen habe. Derselbe sei daraus entstanden, daß der Präsident für öffentliche Zwecke Gelder zu rechter Zeit anzuweisen versäumt habe. Die Sparkasse würde ihm Geld geben, wenn der Vater des Zeugen die Bürgschaft im Verein mit einem Kaufmann Brinkmann übernehme. Der Vater des Zeugen habe sich dazu bereit erklärt, der Bürge Brinkmann sei später in Konturs gerathen und der Vater des Zeugen sei dann für die ganze Summe regreppflichtig geworden. Als Rechnungsrath Serres gestorben war, sei der von Herr von Eichhorn angestellte Ehrenschleim demselben zurückgelassen worden, dieser habe aber seine Schulden nicht bezahlen können. Der Zeuge berichtet seine frühere diesbezügliche Aussage, wonach nicht der Präsident von Eichhorn, sondern der Geh. Rath von Eichhorn nach dem Tode seines Vaters gewissermaßen dolosser Weise sich in den Besitz des Ehrenschleims gesetzt und nachher für die Schuldentilgung nichts getan habe. Thatsächlich sei der Ehrenschleim dem Präsidenten von Eichhorn übergeben worden, nachdem derselbe ein gerichtliches Anerkenntniß seiner Schuld gegeben hatte. Der Zeuge belundet dann noch, daß er noch zu Zeiten des Präsidenten v. Eichhorn sich bei dem Schwager desselben, dem Minister v. Schelling um die Schuldentilgung beworben habe. Derselbe habe dies abgelehnt. Der Sohn des Herrn v. Eichhorn habe seines Wissens in sehr höflicher Form erklärt, daß er sich allerdings moralisch verpflichtet halte, die Schulden seines Vaters zu bezahlen und thun werde, was er könne. Der Zeuge giebt zu, daß er den Angeklagten ermächtigt habe, von den Thatfachen Gebrauch zu machen.

Kaufmann Louis Serres aus Bremen tritt im Allgemeinen der Darstellung seines Bruders bei. Sein Vater habe Herrn v. Eichhorn auf dessen flehentliches Bitten die Bürgschaft über 4000 M. gegeben. Justizminister v. Schelling habe ein Eintreten für die Schulden seines Schwagers abgelehnt und gesagt: wenn man ihn gefragt haben würde, würde er dem Vater der Zeugen von der Bürgschaft entschieden abgerathen haben. Er habe mit Herrn v. Eichhorn keinerlei freundschaftliche Beziehung. Der Legationsrath v. Eichhorn habe nach dem Tode seines Vaters in höchsten Worten seine moralische Verpflichtung, für die Schuldentilgung zu sorgen, anerkannt und auch eine Abschlagszahlung in Höhe von 7 pCt. geleistet. Weiteres behauptet Geh. Rath v. Eichhorn als Zeuge. Der Vorliegende hält dem Angeklagten vor, daß er hiernach doch wohl einsehen müsse, daß seine Darstellung objektiv falsch sei und die Beleidigungen gegen den Geh. Rath v. Eichhorn keinen thatsächlichen Boden haben. Er könne sich ja vielleicht darauf berufen, daß er von dem Oberlehrer Serres falsch berichtet worden sei. Der Gerichtshof beschließt, den Oberlehrer Dr. Serres, der der Theilnahme verdächtig sei, nicht zu vereidigen.

Dem Geh. Rath v. Eichhorn wurde in der Schrift des Angeklagten ferner vorgeworfen, daß dieser in der bekannten Kienersbacher-Affäre des früheren Assessors Gerschel mitgewirkt habe. — Der Angeklagte erklärt: Er habe damals gehört, daß Gerschel sich gegen eine Belohnung von 2000 M. eine Konsulatsstellung habe verschaffen wollen. Er habe weiter gehört, daß Herr von Eichhorn in dieser Angelegenheit eine Verfügung erlassen habe und nachdem er nun die vorher berührte Geschichte von dem Oberlehrer Dr. Serres erfahren, habe er sich gesagt: „Mein Gott, da handelt es sich wieder um dieselben Personen und dasselbe Amt. Sollte das wieder bloß Zufall sein?“ — Der Vorliegende meint, der Angeklagte werde nun doch wohl einsehen, daß er mindestens vorschnell gehandelt habe.

Geh. Rath v. Eichhorn erklärt, daß er mit der ganzen Angelegenheit nichts weiter zu thun gehabt habe, als daß er einmal auf das Gesuch des Assessors Gerschel, im Auswärtigen Amt als Hilfsarbeiter angestellt zu werden, einen Bescheid ertheilt habe.

Der Angeklagte erklärt, daß, wie er bei dem vorher behandelten Punkt bona fide handelte, er hier nicht mala fide gehandelt habe. Er gebe aber zu, daß die ganze Sache jetzt auch für ihn aufgelklärt sei.

Es folgen die Beleidigungen gegen Herrn v. Schelling. Der Angeklagte hatte in dem Protest gegen diesen darauf hingewiesen, daß derselbe in auswärtigen Blättern der Beschuldigung schuldig werde, ohne daß er dagegen etwas unternommen habe, während er doch sonst sehr empfindlich sei. — Der Angeklagte bleibt dabei, daß diese Sache in den verschiedensten Blättern sehr lebhaft besprochen worden sei. Der Staatsanwalt behauptet dagegen, daß diese Erörterungen erst durch die Darstellungen in den Schriftworten des Angeklagten veranlaßt worden seien.

Der Angeklagte hat dem Minister v. Schelling auch unbillige Handlungen vorgeworfen. Es wurde in der Schrift behauptet, daß eine Prostituirte Namens Feodora Kleinert sich rühme, sowohl mit dem Minister als dessen Sohn gleichzeitig Umgang gehabt zu haben. Sie habe von letzterem eines Tages eine Willenlarke erhalten, aus welchem sie ersehen habe, daß der junge Mann Poststraße 3 wohne. Es sei das dasselbe Haus, in welchem sie eines Tages von einem alten vornehmen Herrn empfangen worden sei. Dieser angeblichen Behauptungen der Feodora Kleinert bemächtigte sich das inzwischen als geisteskrank erklärte Ehepaar Dr. Sternberg aus Charlottenburg zu Erpressungsversuchen gegen den Minister. Feodora Kleinert ist verschiedentlich vernommen worden und hat, wie der Vorliegende hervorhebt, zu verschiedenen Zeiten ganz verschiedene Aussagen gemacht. Sie ist in verschiedene Häuser der Wohlthat geführt worden, hat suchend herumgetappt, um die angebliche Wohnung des alten Herrn herauszufinden, sie hat dann gesagt, daß sie sehr morphiumsüchtig sei und manchmal nicht wisse, was sie rede. Der Vorliegende verweist den Angeklagten ferner noch darauf, daß der Justizminister unter seinem Eide bestritten habe, irgend welchen Umgang mit Feodora Kleinert oder irgend einem anderen Frauenzimmer gehabt zu haben, die Zeugin Feodora Kleinert aber auch eidlich bestritten habe, daß der Justizminister der Mann sei, welchen sie meine. Der Vorliegende hält dem Angeklagten vor, daß nach diesen Vorgängen er doch wohl ethisch zugehören könnte, daß die Thatfachen absolut

nicht richtig seien. Der Angeklagte erklärt zunächst unter vielen Bindungen, daß er das doch nicht ohne Weiteres könne. Er halte diese Affäre doch für einigermaßen dunkel. Er wisse, daß man in weiten Kreisen auf Grund der Behauptungen des Staatsanwaltes a. D. Dr. Sternberg über diese gesprochen und sie für wahr gehalten habe. Er sei ganz bona fide gewesen und höchstens von dem Dr. Sternberg dupirt worden. Er müsse sagen, daß er das Benehmen des Justizministers doch für eigenhändig halte, da derselbe thatsächlich sich zunächst in Unterhandlungen mit dem angeblichen Erpresser eingelassen habe. Der Staatsanwalt weist sofort diese Behauptung zurück. Thatsächlich habe der Justizminister dem Dr. Sternberg nur auf die erste, sehr höflich und bescheiden gehaltene Eingabe geantwortet und als er gesehen, daß es sich um eine Erpressung handelte, sofort die nöthigen Schritte gegen ihn veranlaßt. Der Staatsanwalt erklärt sich ferner zu der Mittheilung berechtigt, daß der Justizminister jeder Zeit bereit sei, als Zeuge vor Gericht zu erscheinen, um nochmals unter seinem Eide zu erklären, daß er die Feodora Kleinert niemals gesehen habe. Es sei unerhört, daß auf Grund der Schriften des Angeklagten einer der höchsten Staatsbeamten schon einmal in die präkläre Lage kam, vor Gericht in Verührung mit einem solchen Frauenzimmer gebracht zu werden. Wenn also der Minister auch durchaus bereit sei, Zeugniß abzulegen, so sollte doch ohne Noth dasselbe nicht noch einmal erfordern werden. — Der Angeklagte sucht sich auch mit seinem guten Glauben zu entschuldigen, indem er darauf hinweist, daß seine Broschüre ja erst beschlagnahmt, dann aber wieder freigegeben worden sei. Er habe daraus angenommen, daß der ganze Inhalt der Schrift straffrei sei. — Der Vorliegende erklärt, daß es doch kaum faßbar sein würde, wenn der Angeklagte jetzt noch allerlei Verdächtigungen aufrecht erhalten wolle, anstatt offen zu erklären, daß auch er sich nunmehr von der Unrichtigkeit der behaupteten Thatfachen überzeugt habe. Der Angeklagte giebt schließlich die formelle Erklärung ab, daß ihm diese Ueberzeugung heute in der That gekommen sei und er die ehrenrührigen Angriffe gegen den Justizminister nicht mehr aufrecht erhalten könne.

Der Angeklagte hatte auch behauptet, daß der Vorstand des Männerbundes zur Bekämpfung der Unbilligkeit (Graf Hochberg und Oberbürger v. Hochberg) in Sachen der Feodora Kleinert dem Justizminister v. Schelling eine Verwarnung ertheilt habe. Der Angeklagte giebt jetzt zu, daß er sich auch hierin geirrt habe. Thatsächlich hat der Oberbürger Dr. Sternberg versucht, den Vorstand des Männerbundes zu einem Schritt in Sachen der Kleinert zu veranlassen. Der Vorstand hat dies aber abgelehnt mit dem Hinweis darauf, daß der Verein sich nur mit der öffentlichen Unbilligkeit beschäftige. Von einer ergangenen „Verwarnung“ ist keine Rede wie der Angeklagte jetzt zugiebt.

Angeklagte dieser Zugehörnisse wird von allen Seiten auf jede weitere Zeugnisernehmung verzichtet. Der Staatsanwalt überreicht noch die Akten, aus denen ersichtlich ist, daß die Akten des Dr. Sternberg gegen den Justizminister von einem Geisteskranken ausgegangen sei, so daß der Gewährsmann des Angeklagten für seine ungläublichen Behauptungen ein Geisteskranker sei. Rechtsanwält Dr. Hertwig macht darauf aufmerksam, daß nach Ansicht des Angeklagten der Dr. Sternberg zu Unrecht entmündigt worden sei. Das zeuge für die bona fides des Angeklagten. Er selbst stehe ja auf einem andern Standpunkte, er halte den Dr. Sternberg thatsächlich für verrückt. Nach Schluß der Verweisaufnahme ergreift zur Schuldfrage das Wort.

Erster Staatsanwalt Drescher: Es liegen hier Beleidigungen sowohl im Sinne des § 185 als auch der §§ 186 und 187 vor. Wenn dem Auswärtigen Amt Vergewaltigung, Willkür, Rechtsverweigerung, Pflichtwidrigkeiten vorgeworfen werden, so liegen darin Beleidigungen formaler Natur. Wenn vom Dr. Kayser gesagt wird, er sei ein leibhaftig Beschnittener und als Konvertit verdächtig, so sind das ganz gewöhnliche Schimpfwörter zur Verhöhnung des Betroffenen. Was den Herrn von Eichhorn betrifft, so liegen gegen denselben schwere Beleidigungen verleumderischer Natur vor. Wenn gegen denselben doch nur der § 186 in Vorschlag gebracht wird, so soll ihm zugegeben werden, daß er vielleicht selbst falsch berichtet worden war. Im Interesse der schwer gekränkten Männer, des Geh. Rathes von Eichhorn und des Justizministers v. Schelling muß öffentlich ausgesprochen werden, daß die Thatfachen, die der Angeklagte in seinen Schriften vorgebracht hat, in keiner Weise erwiesen sind, sondern die Unwahrheit derselben auf das Evidenteste dargethan worden ist und auf diese beiden Herren nicht ein Schatten von Vorwurf fällt — wenn anders man es mit Ehrenmännern zu thun hat. Ehrenmänner pflegen offen und ehrlich begangene Irrthümer einzugestehen. Aus diesem Gesichtspunkte heraus haben ja auch zwei der 3 angeklagten Redakteure, nachdem ihnen aus den Gerichtsverhandlungen klar geworden, daß sie sich geirrt haben, sich an die Hochherzigkeit des Justizministers mit der Bitte gewandt, ihnen zu verzeihen und der Justizminister hat es gethan. Der Angeklagte hat in schamlicher Weise das Andenken des verstorbenen Präsidenten v. Eichhorn verdächtigt, um den Sohn zu kränken und herabzusetzen. Kein Wort ist davon erwiesen, daß der verstorbenen Präsident von Eichhorn das Darlehen genommen hat, um Amtsumschlagungen zu verbeden. Was in dieser Beziehung vorgebracht worden ist, un wahr und eitel Lüge ist es, was der Angeklagte von dem Verhalten des Geh. Legationsrathes von Eichhorn behauptet hat. Das gerade Gegenteil ist erwiesen, nämlich, daß der Geh. Rath v. E. sich als ein Ehrenmann benommen hat, gegen den man doch nicht wagen darf, in so kränkelnder Weise vorzugehen. Der Angeklagte hat verleumdet, um Skandal zu machen, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Er hat sich selbst mit jenem Felden verglichen, der Fensterscheiben einwirft, um verhasst zu werden. Seine Handlungsweise ist aber noch viel verächtlicher, denn er hat in freventlicher Weise die Ehre von dritten Personen angegriffen und den Angeklagten müßte doch eigentlich ein Gefühl von Scham überkommen, wenn er seine dreisten Behauptungen mit den Ergebnissen der Verweisaufnahme vergleicht. In bezug auf den Justizminister liegen unter allen Umständen Beleidigungen nicht nur nach § 186, sondern auch nach § 187 vor. Die vollständige Unwahrheit dieser Behauptungen ist nachgewiesen, wie der Angeklagte selbst schließlich hat zugeben müssen. In bezug auf die behauptete Bestochlichkeit hat der Angeklagte Thatfachen überhaupt nicht vorgebracht, bezüglich des angeblich unbilligen Vorkommnisses hat der Angeklagte trotz seiner Kenntniß von der Unwahrheit der Behauptungen dieselben weiter verbreitet. Er hat den Mann, welcher ihm gegenüber eine außerordentliche Milde gezeigt, der, wie er wußte, eidlich die Beschuldigungen als frivole gekennzeichnet hatte, trotz alledem und ungeachtet der hohen Stellung dieses Mannes fort und fort in der hämischsten Weise angegriffen. Von den schwachvollen Verleumdungen des Angeklagten ist kein Titelchen wahr, alles ist unwahr — bis in die kleinste Falte hinein! Die Art, wie der Angeklagte seine bona fides glaubhaft machen will, kann man beinahe eine jesuitische nennen. Dem Angeklagten ist auch nicht der Schutz des § 193 zuzubilligen. Weder der Justizminister, noch Herr v. Eichhorn, noch der Legationsrath Kayser haben mit der Brandt'schen Angelegenheit etwas zu thun; die Grenzen der berechtigten Interessen wären auch auf alle Fälle weit überschritten. In der Person des Angeklagten liegen theils mildere, theils schärfere Momente. Zugegeben mag ihm werden, daß er sich in gereizter Stimmung befunden und immer weitere Kreise der Bevölkerung für sich hat interessieren wollen. Seine Handlungsweise ist aber eine moralisch so verwerfliche, daß die Milderungsgründe weit dadurch aufgehoben werden. Zugegeben soll werden, daß sich der Angeklagte in die Zees verannt hat, daß er durch den Herrn v. Brandt verfolgt wird. Der Angeklagte hat sich in seinem ganzen Auftreten als ein Mensch gezeigt,

der in strafrechtlicher Beziehung wohl zu unterscheiden weiß, was Recht und was Unrecht ist. Er hat sich selbst dagegen verwahrt, geisteskrank zu sein und er ist nicht geisteskrank, wiewohl infolge mancher Absonderlichkeiten in seinem Aussehen mancher zu dieser Vermuthung kommen könnte. Gerade der ihm innewohnende Intellekt ist ein erschwerendes Moment. Erschwerend ist auch die Stellung der angegriffenen Personen, die Schwere der Vorwürfe, die Beharrlichkeit, mit welcher er dieselben wiederholt und die Art, wie er sie an die Öffentlichkeit gebracht hat: durch Schandbroschüren, durch die Presse, durch seine Eingaben bei den Behörden. In seinem Haß und seiner Rachsucht hat er sich nicht darauf beschränkt, die Antisemite der betr. Personen anzufachen, er ist ihnen auch nachgeschlichen in ihr Privatleben und hat ihren Schritten nachspionirt. Darin liegt eine schwere Schädigung der Autorität des Staats und seiner Beamten. Man braucht sich nur daran zu erinnern, wie in den großen Versammlungen Herr Paasch als Held und als unschuldig Verfolgter gefeiert worden ist. Jetzt wird wohl alle Welt einsehen, daß der Mann, der von gewissen Deuten als Held gefeiert worden ist, dem man „Heil!“ zurief, nichts ist, als ein Verleumder! Ich beantrage gegen denselben ein Jahr sechs Monate Gefängniß und Publikationsbefugniß für die Beleidigten.

Der Verteidiger, Rechtsanwält Hertwig, beschränkte sich auf nur wenige Ausführungen. Er müsse unumwunden zugeben, daß die Verweisaufnahme zu Ungunsten des Angeklagten ausgefallen sei und wolle deshalb nur einige Gesichtspunkte erörtern, die für den Angeklagten strafmildernd ins Gewicht fallen könnten. In erster Linie habe der Staatsanwalt selbst zugegeben, daß der Angeklagte bei Abfassung aller beanstandeten Broschüren und Schriftstücke von einem einheitlichen Willen geleitet worden sei. Der Angeklagte glaube sich durch den Gesandten v. Brandt in schwerer Weise beeinträchtigt, alle seine Bestrebungen gipfelten darin, sein vermeintliches Recht zu verfolgen. Dies war auch der Grund, weshalb er sich als Parlamentskandidat aufstellen ließ, er hoffte, sich von dieser Stelle aus Geltung verschaffen zu können. Wider besseres Wissen habe der Angeklagte nicht gehandelt, aber er habe in der blinden Verfolgung seines vermeintlichen Rechts weit über das Ziel hinausgeschossen. Paasch habe ferner in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt und einen schärferen Ton erst angeschlagen, als er sah, daß alle seine Bemühungen, auf gutlichem Wege etwas zu erreichen, erfolglos waren. Aus allen diesen Gründen hat der Verteidiger, den Angeklagten wegen der formalen Beleidigungen zu einer Haftstrafe zu verurtheilen und von einer Gefängnißstrafe Abstand zu nehmen.

Nachdem der Angeklagte noch eine längere Verteidigungsrede gehalten, worin er ansah, daß er wegen der ihm zu theil gewordenen Behandlung wohl Grund hatte, gegen den Justizminister v. Schelling erbittert zu sein, zog sich der Gerichtshof zur Verathung zurück.

Das Urtheil lautete dahin, daß der Angeklagte, von einem einheitlichen Willen geleitet, sich der Beleidigung in mehreren Fällen und des Vergehens gegen das Pressgesetz schuldig gemacht habe und deshalb mit einer Gefängnißstrafe von einem Jahre drei Monaten, wovon zwei Monate auf die erlittene Untersuchungshaft in Abrechnung zu bringen seien, zu bestrafen sei.

Den Beleidigten wurde die Publikationsbefugniß im „Reichs-Anzeiger“, der „Post“ und der „Staatsbürger-Zeitung“ zugesprochen und außerdem die Vernichtung der beanstandeten Broschüren verfügt.

Der Angeklagte erklärte, sich bei dem Erkenntniß nicht beruhigen zu wollen.

Dem Antrage des Verteidigers auf Haftentlassung des Verurtheilten wurde seitens des Staatsanwaltes widersprochen und vom Gerichtshof im Sinne des letzteren entschieden.

Veranstaltungen.

Die Arbeiter der Wachsdruck-, Linoleum-, Tapeten- und Formstekerbranche hielten am 13. Mai eine gutbesuchte Versammlung ab, in welcher Herr Pin n einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Soziale Zustände im Alterthum“ hielt. Herr We y l k o p f berichtete dann über die Thätigkeit der Gewerkschaftskommission, wobei er die Anwesenheit aufforderte, mehr wie bisher sich an den Marxentrieb zu beteiligen. Darauf wurden die Arbeitsverhältnisse in der Rüdorfer Linoleumfabrik und in der Rosenthal'schen Fabrik, Heybestraße, einer Kritik unterworfen. In der letzteren Arbeit kümmerne man sich, so wurde ausgeführt, garnicht um die Arbeiterzufriedenstellungen der Gewerbe-Ordnung. Am Himmelstagsfest geerdelt worden und im Winter wäre es vorgekommen, daß von einem Morgen um 7 Uhr bis zum anderen Morgen um dieselbe Zeit durchgearbeitet wurde, ohne daß sich die Mädchen von der Nacharbeit hätten ausschließen dürfen. Um sich etwas zu erholen, hätten einige von ihnen heimlich den Fabrikraum verlassen, in der Absicht, in ein paar Minuten wieder weiter zu arbeiten. Da sie nicht wieder kamen, sei nach ihnen gesucht worden und da habe man sie — schlafend, auf der Treppe gefunden. Solche Mißstände, die mehr oder minder in fast allen Fabriken vorkämen, könnten nur mit Hilfe einer strammen Organisation beseitigt werden. Einige Redner ermunterten ihre versammelten Kollegen dazu, sich in größerer Zahl den Wahlvereinen anzuschließen, vor allem aber jetzt tüchtig in die Wahlagitation einzugreifen. Angeregt wurde außerdem eine Sammlung für die Pariser Kollegen, welche von ihrem kürzlich beendeten Streik her noch zu leiden haben. Es sollen Listen in den Fabriken zirkuliren.

Eine öffentliche Versammlung der in der chirurgischen Branche beschäftigten Instrumentenmacher war am 14. Mai einberufen worden, in welcher, außer anderen gewerkschaftlichen Angelegenheiten, auch der Bericht über die Thätigkeit der Gewerkschaftskommission und die Neuwahl des Delegirten erledigt werden sollten. Der Besuch aber war so gering, daß die Erledigung der Tagesordnung bis nach den Wahlen vertagt wurde.

Depeschen.

(Depeschen des Bureau Herald.)

Leipzig, 17. Mai. Für den 17. Wahlkreis Glauchau-Weerane ist Bürgermeister Dr. Widme-Freiberg als Kandidat der National-liberalen, Konservativen und Deutschsozialen aufgestellt. — Kommerzienrath Grumbt-Dresden (konservativ), bisher Vertreter des 8. Wahlkreises Pirna-Sebnitz hat eine Wiederwahl definitiv abgelehnt.

Düsseldorf, 17. Mai. An Stelle des eine Wiederwahl ablehnenden Freiherrn von Dalwigk-Richtenfels hat die Zentrumsparthei für den 12. Wahlkreis Düsseldorf den Rittergutsbesitzer Weidensfeld aufgestellt.

Regensburg, 17. Mai. Regierungspräsident v. Franz ist als Kandidat für die Reichstagswahl aufgestellt.

Stuttgart, 17. Mai. Der frühere Abgeordnete, Freiherr von Münc, welcher keine Kandidatur mehr annehmen wird, fordert in dem sozialist. Parteiorgan die Wähler seines Bezirkes auf, für den Sozialisten zu stimmen.

Christiania, 17. Mai. Heute, am Unionstag, veranstalten die Radikalen und Sozialisten einen „Selbständigkeits- und Stimmrechts-Zug“, an dem sich 32 Vereine und Korporationen mit Fahnen und Musik beteiligen werden.

Hull, 17. Mai. Der Bürgermeister verlas in der heutigen geheimen Sitzung des Rhederbundes ein Schreiben des Arbeiterführers Lillet, Inhalts dessen die Streikenden die Bedingungen des Rhederbundes annehmen. Der Rhederausschuss wird morgen mit dem Streikausschuss die Einzelheiten verhandeln.

Paris, 16. Mai. Bei den heute verhafteten Anarchisten wurden viele zur Herstellung von Sprengstoffen bestimmte Chemikalien und zahlreiche Eindruckswerkzeuge gefunden. Bei dem Stickerzeichner Binchon sind außerdem Papiere entdeckt worden, aus denen hervorgeht, dass an dem Komplotte noch eine große Anzahl anderer Anarchisten theilgenommen waren, deren Verhaftung bevorsteht. Die beschlagnahmten Bomben wurden im Gemeindefabrikatorium untersucht.

Briefkasten der Redaktion.

R. J. Lehe. Die Pörrergeschichte eignet sich mehr für ein sozialdemokratisches Lokalblatt Ihrer Gegend. — Die gewünschten Formulare werden Sie wohl vom Stadtvorordneten G. Vogtherr, Berlin, Stephanstraße, erhalten können. Wir werden diesem Genossen Ihr Schreiben zufenden.

H. D. Ostrow. Die Zusendung war, wie Ihnen seinerzeit auch an dieser Stelle mitgeteilt worden ist, nicht verwendbar, weil uns jede Kontrolle darüber fehlte, ob die Angaben stimmten.

R. V. Sprottau. Die Polemik gegen das von Ihnen erwähnte, wenig bekannte Blatt wird besser von den schlesischen Zeitungen jungerer Partei besorgt. Diese sind „Volkswacht“ in Breslau und „Der Proletarier aus dem Culengebirge“ in Langenbielau.

H. S. Ramsau. Das Vorkommniß mit dem Gendarm hat für hier keine Bedeutung. Wegen der Kandidatur wenden Sie sich am besten an das Wahlbureau der sozialdemokratischen Partei in Breslau, Neumarkt 8, „Drei Tauben“.

Wahlrechtsfrage. Ist eine Zeit vorgeschrieben, wie lange der Wahlberechtigte am Orte ansässig sein muß? Nein, der Wahlberechtigte wählt da wo er seinen Wohnsitz am 15. Juni hat, gleichviel wie lange er den Wohnsitz inne hat. Hat er mehrere Wohnsitz, so darf er nur an einem Orte wählen.

Die Frage, wie oft kann der Reichstag aufgelöst werden? ist wiederholt beantwortet, scheint aber nicht zur Ruhe kommen zu wollen. Deshalb ausführlicher das Folgende. Eine Grenze für die Anzahl der Auflösungen schreibt das Gesetz nicht vor. Lediglich eine theoretische Doktorfrage ist die, wie oft innerhalb eines Jahres die Auflösung erfolgen kann. Als Fristbestimmung kennt das Gesetz nur die (des § 8 des Wahlgesetzes), daß die Wähllisten spätestens eine Woche vor dem Wahltermin öffentlich ausliegen und dies öffentlich bekannt gemacht sein muß. Demnach könnte, rein theoretisch betrachtet, eine Auflösung eines Reichstages bei der größten Beschleunigung der Einberufung, Wahl und Auflösung 11 Mal innerhalb eines Jahres erfolgen. Diese Betrachtung ist indeß für die Praxis völlig wertlos. Für die Praxis könnte allein die Erwägung von Erheblichkeit sein, daß der Etat alljährlich festzusetzen und daß zur Festsetzung des Etats die Mitwirkung des Reichstages von der Verfassung vorgeschrieben ist. Zunächst liegt auf der Hand, daß die Auflösung eines Reichstages auch dann möglich ist, wenn derselbe den Etat bewilligt hat. Von praktischer Bedeutung könnte nur die Frage sein: was geschieht, wenn infolge der Ablehnung des gesammten Etats oder infolge der fortwährenden Auflösung des Reichstages ein Etat vor Beginn der Statsperiode unter Mitwirkung des Reichstages nicht zu stande gekommen ist? Die rechtliche Folge wäre die, daß die durch den Etat festzusetzenden Ausgaben und Einnahmen nicht gemacht bezüglich nicht erhoben werden dürfen, insbesondere dürfen also die Gehälter der Reichsbeamten nicht gezahlt, das Militär nicht besoldet werden. Geschieht dies dennoch, so liegt hochverrätherischer Verfassungsbruch, „Verfassungskonflikt“ milder genannt, unverhüllte Gewalt vor. Als in den sechziger Jahren in Preußen ein ähnlicher Zustand herrschte, begnügte sich die Bürgerklasse mit Wortprotesten und ertheilte schließlich der Regierung für ihr rechtswidriges, verfassungsverlegendes Vorgehen im September 1868 Indemnität. Bei einem ähnlichen Zustand in Deutschland würde nicht nur die Einheit Deutschlands in Frage kommen, sondern es würde nunmehr nicht eine Klasse von Bürgern sondern das gesammte Volk die Frage zu beantworten haben: welche Mittel sind zu ergreifen, um die Hoheerrathsfolgen und die Möglichkeit eines wiederholten Verfassungsbruchs zu beseitigen. In erster Reihe die politische Reife des Volkes wird dies durch Lösung der Frage thun: Unverhüllter Absolutismus (Cäsarismus), durch konstitutionelle Schminke verhüllter Absolutismus, konstitutionelle Regierung oder wahre Demokratie, Massenherrschaft oder Beseitigung derselben. Diese Erwägungen würden selbstverständlich vor fortwährender Auflösung eines Reichstages maßgebend sein, können aber die wiederholte Beantwortung der eingangs gestellten Frage nicht ändern. Die Antwort lautet: beliebig oft.

tutionelle Regierung oder wahre Demokratie, Massenherrschaft oder Beseitigung derselben. Diese Erwägungen würden selbstverständlich vor fortwährender Auflösung eines Reichstages maßgebend sein, können aber die wiederholte Beantwortung der eingangs gestellten Frage nicht ändern. Die Antwort lautet: beliebig oft.

F. W., Potsdamerstraße. Geschenke, welche keine Gegenleistungen oder Belohnungen darstellen, können innerhalb sechs Monaten zurückgefordert werden. Die Rückforderung muß gerichtlich, d. h. durch Zustellung mit Hilfe des Gerichtsvollziehers, erfolgen.

Briefkasten der Expedition.

In unserer Expedition gingen zum Wahlfonds ferner folgende Beträge ein:

- Weißgerber Scheibe 3,—. Mehrere zielbewusste Arbeiter der Eisenbahn-Muster-Werks. Ueberaus der Abschlagzahlung 10,75. Von einigen Zielbewussten, die am 1. Mai arbeiten mußten 7,50. 3 kl. rote Jungens aus W. und kleine Frau 2,—. Tischlerwerkstatt Riese, Brangelstr. 112, durch Kaufmann 2,10. Tischler der Dewitzschen Werkstatt, Wienerstr. 29, mit Ausnahme einiger 3,50. Die 11 Schwarzen v. Königstadt 4,—. Gesammelt b. d. Hochzeit v. H. Porsch, durch E. Fritzsche 2,—. G. F. 3,—. Stalgewinn 3,—. Dr. A. F. 10,—. Haake 2,—. Justiz durch Freudenthal 25,—. Ges. in der Werkstatt von Scholz und Hoffmann, Hagelsbergerstr. 52, 5,00. Von den Frauen 3,—. Roabiter Nähmaschinenbauer 10,70. Werkstatt Herzog, Alvenslebenstr. 19, 4,25. Athletenklub Florenz bei Stadernad, Bädlerstr. 49 20,—. Ueberaus der Auktion vom Rauchklub Brüderlichkeit, Pädlerstr. 49 6,10. Von einem Genossen vom Zionkirchplatz durch Franz Kleinert 30,—. Wagemannstr. 11 3,75. Ohne Namen aus P. 20,—. Böhm 0,50. Schwarz-weiß-rothe Bude, Leipzigerstraße 107 1,45. Gesangsverein „Hand in Hand I“ 5,—. Viktoriastr. 5,—. Möbelfabrik J. Großhaus (erste Rate) 40,—. Ges. auf einer Geburtstagsfeier, Weisenburgerstr. 48, S. J. 4,—. Püher-Kolonie 5,50. P. S. Nr. 2 4,50 M.

Summa 246,50 M. Bereits quittirt 2277,70 M., in Summa 2524,30 M.

F. A. Schanfelderberger. Ihr Abonnement ist bis Ende August 93 bezahlt.

en gros Größtes Lager in fertigen Herren- und Knaben-Garderoben vom einfachst. bis zum feinsten Genre **en detail**
bei anerkannt solidester Ausführung zu billigsten aber streng festen Preisen. Die Preise sind auf dem Etiquette des zu verkaufenden Gegenstandes mit gedruckten Ziffern vermerkt, so daß jede Uebervorteilung ausgeschlossen ist. 4182L
Ich bitte mir das seit 26 Jahren geschenkte Vertrauen auch fernerhin gütigst bewahren zu wollen.
I. Geschäft: Chausseest. 57, Ecke Liesenstraße. Fernsprech-Anschluss Amt III No. 3418. **D. Perleberg.** II. Geschäft: Badstr. 26, der Prinzen-Allee. Fernsprech-Anschluss Amt III No. 2443.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt Berlin SW., Genthstraße 2.
Zur Reichstagswahl!
Ende dieser Woche erscheint in unserem Verlage:
Die Thätigkeit des Deutschen Reichstags von 1890—1893.
ca. 12 Bogen Umfang. Taschenformat. Preis 20 Pf.
In Partien und für Wiederverkäufer Rabatt.
Aus dem Inhalt dieser Broschüre heben wir hervor die Kapitel über Militarismus, indirekte Steuern, Sozialreform, (Gewerbegerichte, Gewerbeordnung, Krankenversicherung, Unfall- und Invaliditäts- und Altersversicherung), ferner über die moderne Produktion und das Handwerk.
In einem Anhang dazu werden die Verfassung des Deutschen Reiches, das Wahlgesetz nebst Reglement sowie die Entscheidungen der Wahlprüfungskommission beigegeben werden. Das Schriftchen wird ferner Wink für die Agitation, vor allem auch für die Flugblattverteilung auf dem Lande, enthalten, und somit jedem Reichstagswähler ein willkommenes Handbüchlein für den heiligen Wahlkampf sein.
Parteienossen! Benutzt und verbreitet das oben angeführte Schriftchen fleißig, es wird in diesem Wahlkampfe wesentlich dazu beitragen, die Genossen unseren Gegnern gegenüber schlagfertig zu machen und die Arbeit der Agitation zu erleichtern.
Wir ersuchen um sofortige Angabe des Bedarfes.
Alle Buchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungsbedeure nehmen Bestellungen entgegen. Bei Aufträgen von außerhalb ersuchen wir um gleichzeitige Einsendung des Betrages (Porto extra).

Möbel- und Polsterwaaren-Magazin von **Aug. Boddin**, 8489b
88 Kottbuser Damm 88 (früher Reichenbergerstraße 9).
GESCHAFTSHAUS S. HEINE
Die Firma besteht seit 1873.
Leinen- und [4173L] Elsasser-Baumwollwaaren.
Hemdentuch, Dowlas, Croisé, Damast, Piqué etc.
fertige Bettwäsche, Handtücher, Tischzeuge, Bettzeuge etc. etc.
Gardinen
Neue stilvolle Muster in grosser Musterauswahl! Zweifach gebogen und sauber gelüftet, Meter von 45 Pl. an.
Abgepasst das Fenster (zwei Shawls) von 3,50 Mk. an.
Steppdecken.
Neuheit in Tischdecken, Bettdecken. — Sophadecken etc.

Yorkstr. 51, Ecke Katzlerstrasse (Blaue Ecke).
Zur Sommer-Saison empfehle mein gut sortirtes Lager
Herren- und Knaben-Garderoben, sowie reichhaltige Auswahl in- und ausländischer Stoffe zur Feststellung nach Maß, einer geneigten Beachtung.
Joseph Goldstein, Yorkstr. 51, Ecke Katzlerstraße, Blaue Ecke. 3054L

Parteienossen
machen wir auf unsere Brot- und Kuchen-Bäckerei, Hasenhalde 117/118, welche wir zur Selbstverwaltung von der Genossenschafts-Bäckerei übernommen haben, ganz besonders aufmerksam. Wir liefern reines Roggenbrot 5 Pf. für 50 Pf., weiße Waare 4 Stück 2 Pf., sowie feine Kuchenwaare. Wiederverkäufer erhalten auf Brot, welches wir auf Wunsch frei ins Haus senden, 15 pCt. Rabatt. 4206L * **W. Fritsch, H. Siebig.**

Kinderwagen-Bazar, Jerusalemstr. 42 u. Brunnenstr. 6.
Großartig. Auswahl jeder Art, billigste Preise. Viele Anerkennungen. Musterbuch grat. u. franko. (Auch Theilzahlung.) 36912*

Kinderwagen, größtes Lager, bestes Fabrikat, auch Theilzahlung, nur allein Oranienstr. 3 im Nordgeschäft.
Neue Hofstr. 3. Zahnarzt Cohn. Schmerzlös. Zahnziehen von 1.— M. Füllen u. Zahnersatz. Theilzahlung. Poliklinik. 3653L*

Schlafopha sehr billig. Müller, Lübbenerstr. 22, 3 Tr.
Roh-Tabak Sumatra-Deckblatt v. 140 Pf. an, Java-Umblatt u. Einlage v. 90 Pf. an, Carmen-Umblatt v. 100 Pf. an, sowie sämtl. anderen Sorten. 4083L* **G. Elkhuyzen, Alte Schönhauserstr. 5.**

Ein grosser Posten
Steppdecken
echt Wollatlas (reine Wolle) Grösse 150 x 200, Stück 7,50 M. circa 1000 Stück schwere dunkelblau Normal-Schlafdecken mit kleinen Maschinenflecken, in reizenden Jacquard-Mustern, Grösse 150 x 200 cm. sonstiger per Stück 4,50 M. Preis 9 M. Meine illustrierte Preisliste über hochfeine Stepp- und Schlafdecken gratis und franko. 8783L*
Steppdecken-Fabrik Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

Jede Uhr unter Garantie zu repariren (außer Bruch) kostet bei mir 1,50 Mk. Kleine Reparaturen entsprechend billiger.
Uhren, Gold- u. Silberwaaren C. Wunsch, u. d. Oranienplatz

Umstände halber Stube u. Küche sofort zu verm. Zu erst. b. Radloff, Bockstr. 14, 3 Tr. r. [36]
Gerichtl. Scheidung halber verkaufe meine sämtl. Wirthschaft; auch kann die Wohnung sogleich mitübernommen werden. Biesenstr. 29, 1 Tr. r., bei G. Grimmer. 16

Altes Schaufgeschäft mit Billard u. Vereinszimmer billig zu verkaufen. Gottingerstr. 68. [76]
Möbl. Zimmer für 1 oder 2 Herren zu vermieten bei Haugl, Remese-straße 57, 1 Tr. 4302L*
Möbl. Schlafst. Wenzel, Bernauerstr. 11 L.

Saal u. Zimmer für Vereine, Arbeitsnachweis, Telephon-Anschluß, schöner schattiger Garten Gipsstr. 3. *
* **Dr. Hoesch**, homöopath. Arzt. Finienstr. 149. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

Zum 4080L* Roth. Cylinderhut
mit Arbeiter-Kontrollmarke. Größte Auswahl. Kaligerstraße 131, neben Frister und Hofmann. im Laden. Wilhlm Zapel, Gutmacher.
Achtung! Kein Laden. Kontroll-Schuhmarke. Nur eigene Fabrication, 25zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pf. 3661L **H. F. Dinslage, Kottbuserstr. 4, Hof part.**

Altenberg's chem. Färberei, Bäscherei, Garderob.-Reinig.
Anhalt, Neue Jakobstr. 17, Brunnenstr. 123, Andraasstr. 54, Fruchtstr. 36, Potsdamerstr. 57/58, empf. f. s. Färb. u. Reinig. v. Garderob. jed. Art, Spitzen, Gard., Möbelst. gef. 1 Mk. p. Pfd., Bettdeck. gef. 1,25 Mk. p. Stück. Herren-Anzug gereinigt, gebügelt von 2,50 Mk. an. Reparaturen billigst. Neu! Glanzentfernung von blankgetragenen Kammgarn-Garderoben. 3716L*

JULIUS LINDENBAUM
gegründet im Jahre 1879. **Frankfurter-Straße 139**, zweites Haus an der Frucht-Straße. 4123L*
Lager eleganter fertiger Herren-Garderobe.
Spezialität: Anfertigung nach Maass unter Garantie des Gutsitzens. Zuschneider im Hause.
Für streng reelle und prompte Bedienung bürgt der langjährig bekannte gute Ruf meines Geschäfts.
Bitte genau auf die Hausnummer zu achten.